

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparkassafonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Eine scharfe Note Benesch wegen Westungarns.

Prag, 12. September. (Tsch. P. B.) Minister des Äußern Dr. Benesch hat Montag früh namens der Regierung an die Völkerverkonferenz eine Note betreffs der Ereignisse in Westungarn gerichtet. Die Note wurde gleichfalls den Regierungen der Großmächte gesandt und der rumänischen und südslowakischen Regierung mitgeteilt. In der Note heißt es unter anderem:

Seit drei Wochen spielen sich ernste Ereignisse in Westungarn ab. Scharen ehemaliger ungarischer Soldaten sammeln sich zusammen mit Freischärlern und Banden von Leuten, deren Charakter schwer zu bestimmen ist. Es geschehen Versuche, regelrechte Schlachten denselben zu liefern, die Ordnung einführen und Verträge geltend machen wollen, es finden Verfolgungen statt, ein Terrorregime wird geltend gemacht und nach unseren Nachrichten schreckt man nicht einmal vor größten Gewalttätigkeiten zurück. Die benachbarten Gebiete sind infolgedessen sehr beunruhigt und voller Furcht. Das Wirtschaftsleben in diesen Gebieten Mitteleuropas, welches vom Kriege in solchem Maße betroffen ist, leidet darunter innerlich und alle Nachbarstaaten spüren bereits die unheiligen Folgen dieses Zustandes. Die Politik der tschechoslowakischen Republik war seit den drei letzten Jahren bloß darauf gerichtet, bei der Pazifizierung und Reorganisation von Mitteleuropa möglichst zu helfen und war strikte auf der genauen Geltendmachung der gemeinsam geschaffenen Verpflichtungen gegründet, da sie bestrebt war, zu einer aufrichtigen und loyalen Zusammenarbeit aller dieser Länder zu gelangen. Daher ist die tschechoslowakische Regierung durch diese Ereignisse mit Recht umso beunruhigter, ohne gleich suchen zu wollen, auf wenn die direkte Verantwortung fällt. Sie hält diese Situation, die sich in die Länge zu ziehen droht, für absolut unerträglich. Ueberdies glaubt sie, daß es ihre Pflicht gegenüber ihren Verbündeten und gegenüber dem eigenen Volke ist, die Aufmerksamkeit der hohen Konferenz auf diesen Stand der Dinge zu konzentrieren, der für den Frieden Europas sehr gefährlich ist, und sie um Maßnahmen zu ersuchen, welche den anarchischen Zustand definitiv beseitigen würden, der durch Interventionen bewirkt ist, die ich für den Augenblick nicht beim wahren Namen nennen will. Die Arbeit für den Frieden wäre sehr erschwert, wenn der heutige Zustand auch nur um einen einzigen Tag sich verlängern sollte. Gerade durch die Hinsiehung mehr oder minder unbedeutender Streitigkeiten entstehen gewöhnlich die ernstesten Konflikte. Es ist daher notwendig, diese Fragen möglichst schnell zu erledigen.

Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat sich bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge aktiv und direkt in die traurigen Begebenheiten in Westungarn nicht eingemischt und wird dies auch nicht tun. Dennoch aber muß sie, ohne den Ernst dieses Standes der Dinge, der den Frieden bedroht, vergrößern zu wollen, mit Rücksicht auf die weltliche Verfassung eines bestimmten Teiles der Bevölkerung und bestimmter politischer Faktoren konstatieren, daß es für den allgemeinen Frieden weit gefährlicher wäre, wenn die Ansicht sich verallgemeinern sollte, welche sehr häufig von denjenigen verbreitet wird, die an den Vorfällen in diesen Gegenden sich aktiv beteiligt haben, daß nämlich ohne Rücksicht vor gerechtem und verdienter Strafe die internationalen Verpflichtungen gebrochen werden könnten, daß Aktionen unternommen werden könnten, die dem Völkerrechte zuwider-

laufen und straflos systematisch die Geltendmachung der Friedensverträge unmöglich gemacht werden könnten, die ebenso von den betreffenden Staaten wie von den Großmächten feierlich unterzeichnet worden sind.

Am Schlusse seiner Note versichert Benesch, daß die tschechoslowakische Republik ihrer Pflicht, den Frieden zu schützen, bewußt, nichts ohne vollkommene Zustimmung der Konferenz der Völkerverkonferenz der verbündeten Großmächte sowie aller derjenigen unternommen wird, die an der Sache direkt interessiert sind.

### Sozialdemokratische Taktik.

Die politische Situation zwingt die tschechoslowakische Sozialdemokratie zum Eintritt in die Regierung. Diese Behauptung wird neuerlich im „Pravo Lidu“ aufgestellt, in dem sich Genosse Leo Winter mit unserer Antwort an Genossen Bechyně in der Donnerstagsnummer auseinandersetzt. Genosse Winter meint, die deutschen Sozialdemokraten treiben eine Minderheitspolitik, die Schuld daran ist, daß sie zur tschechoslowakischen Sozialdemokratie in so tiefen Gegensatz geraten sind. Wenn der Trugschluß, der in dieser Auffassung steckt, Gemeingut der tschechischen Sozialdemokratie ist oder werden sollte, so sind die Wege, die uns zueinander führen könnten, aus Neue schwerer verarmt. Nicht darauf kommt es an, ob eine sozialistische Gruppe in der tschechoslowakischen Republik glaubt, sie treibe fruchtbare Realpolitik im Interesse des Proletariats, der Demokratie und des Sozialismus, sondern das entscheidende Problem sozialistischer Taktik in diesem Staate, das der Lösung harret, ist die Zusammenfassung aller sozialistischer Kräfte, ohne Unterschied der Nation, zur gemeinsamen sozialdemokratischen Politik. Ehe man zur Zweckmäßigkeit des Eintrittes der tschechischen Sozialdemokratie in die allnationale Regierungskoalition Stellung nimmt, muß man die wichtigste Vorfrage, warum bisher die internationale Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats der Tschechoslowakei noch nicht möglich war, klar und bestimmt beantworten. Dazu muß man freilich die Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich und der politischen Entwicklung seit dem Bestande der tschechoslowakischen Republik als Lehrmeisterin zu Rate ziehen, weshalb unsere kurzen Hinweise in der Antwort auf den Artikel des Genossen Bechyně nicht so überflüssig waren, wie dies dem Genossen Winter dünkt. Darüber, daß der allnationale Regierung doch nur ein kurzes Dasein beschieden sein wird, daß sie ein verfehlter Ausweg, ein unbrauchbarer Behelf ist, aus der latenten Staatskrise scheinbar einen augenblicklichen Ausweg zu finden, gibt es wohl unter allen politischen Köpfen und insbesondere bei wirklichen guten und insbesondere bei wirklichen guten Patrioten keinen Streit. Wir denken wohl nicht in erster Linie daran, was soll und nicht in erster Linie die tschechoslowakische Sozialdemokratie unternehmen, um das demokratische Ansehen des Staates, wenn auch nur zum Schein, zu heben, sondern für uns ist der Eintritt der tschechischen Sozialdemokratie in eine ziel- und programmlose bürgerliche Regierung der traurige Beweis dafür, daß die tschechische Partei, statt die Lösung der Staatskrise kräftig anzupacken, ihre Bemäntelung mit betreiben hilft. Nicht um eine Mehrheits- oder Minderheitspolitik der Sozialdemokratie handelt es sich hier, sondern für die Entfaltung und Klarstellung des ökonomischen und politischen Gegensatzes zwischen den Besitzklassen und Besitzlosen

müssen alle sozialistischen Parteien wirken, damit frei von nationalen Bindungen der internationale Klassenkampf zur Geltung komme. Die Mehrheitsbildung in der Nationalversammlung und demgemäß die Zusammensetzung der Regierung wären wesentlich anders, wenn nicht die Besitzklassen, sowie das Proletariat in verschiedenen nationalen Lagern stünden. Die tschechische Bourgeoisie und das tschechische Bauerntum sind freudig bereit, mit den Vertretern der Arbeiterschaft eine politische Gemeinschaft, Parlamentarität und Regierung, zu bilden, weil sie auf diesem Wege durch Kompromisse — die den aufwühlenden, offenen politischen Klassenkampf ausschließen — die Kraft der tschechischen Arbeiterklasse lähmen und verhindern, daß sie durch Vereinigung mit dem deutschen Proletariat ungeheuer anwache und sich wuchtig entfalte. Aus denselben Gründen buhlen doch die deutsch bürgerlichen Parteien bei uns um die nationale Einheitsfront, die nach ihrer Meinung, der nationalen Einheitsfront des tschechischen Volkes gegenübergestellt werden soll. Wir lehnen die nationale Einheitsfront ab, weil wir die internationale Gemeinschaft des Proletariats wollen. Wenn die tschechische Sozialdemokratie schon erkannt hätte, daß wir in dem Staate, der von mehreren Nationen bewohnt wird, eine sozialistische Internationale der Tat, nicht nur der Worte, brauchen, um mit dem Einsatz unserer gesammelten Kraft und Klasseninteressen des tschechischen und deutschen Proletariats und dem Sozialismus zu dienen, dann könnte sie nicht in die kommende Regierung Wehla eintreten. Die sozialdemokratische Taktik hat nach unserer Meinung nicht aus „Situationen“ herauszuhelfen, sondern für sie muß es stets ein Ziel und eine Richtung geben. Für das Ziel, den Sozialismus, im internationalen Klassenkampf alle Kräfte einzufügen, konzentrieren, um aus den Situationen, der jeweiligen Gestaltung der Machtverhältnisse mit verschiedenen Methoden möglichst viel Erfolge für den Aufstieg des Proletariats zu erreichen. Entspricht dieser Grundregel das Verhalten der tschechoslowakischen Sozialdemokratie?

Die Wortführer der tschechischen Sozialdemokratie fragen immer wieder besorgt: was sollen wir denn anderes tun, als in eine solche Regierung eintreten, wir wollen diesen Staat, seine Erhaltung ist ohne uns nicht möglich. Wir wollen in diesem Zusammenhang und in diesem Augenblick uns mit den tschechischen Genossen nicht wieder darüber auseinandersetzen, daß es, nach unserer Auffassung, den sozialistischen Grundfäden überhaupt widerspricht, sich für die Erhaltung eines bürgerlichen Staates einzusetzen, der zu allen anderen Lasten, die seinem Wesen immanent sind, auch noch mit dem Fluch beladen ist, nationale Fremd- und Gewaltherrschaft zu üben. Doch folgen wir jenen Gedankengängen, wonach auch die tschechische Arbeiterschaft die Republik als das Produkt ihrer nationalen Befreiung liebt, wobei die Kleinigkeit, daß diese Republik für andere Völker Neudösterreich bedeutet, freilich ein gewisses Unbehagen bereiten müßte. Wenn das tschechische Volk diesen Staat will, wenn er gesund und gar kräftig werden soll, dann muß er umgebaut werden. Das sollten zuerst die Sozialdemokraten erkennen und ihre Erkenntnis mutig in das tschechische Volk hinaustragen. Um den internationalen Klassenkampf führen zu können, müssen sie den Boden dazu bereiten helfen. Wenn die tschechische Sozialdemokratie ein Programm für den Umbau des Nationalstaates in einen Nationalitäten-

staat — siehe Oesterreich, Brünnner Parteitag, Schweiz etc. — aufstellen und dafür im tschechischen Volke wirken würde, viele der Staat nicht gleich zusammen. Sie würde damit freilich alle tschechischen Parteien zwingen, zur Lebensfrage des Staates klar und bestimmt Stellung zu nehmen, womit auch schon die Lösung des Problems angebahnt würde. Nicht um den Ausweg aus einer Situation handelte es sich dabei, sondern um die Erfüllung einer schweren geschichtlichen Aufgabe. Aus dem nationalen Streit herauszukommen, die Bahn frei zu machen für den sozialen Kampf, von den Klassengegnern die nationale Verhüllung herunterzureißen, das müßte unser vereintes, heißes Bemühen sein. Dabei würden die tschechischen Sozialdemokraten nicht nur ihre sozialistische Pflicht dem internationalen Proletariat gegenüber erfüllen, sondern auch als die besten und tapfersten Patrioten zunächst ihrem Staat, seiner Existenz und Zukunft den größten Dienst erweisen. Freilich die Erfüllung dieser geschichtlichen Aufgabe erfordert Riesenkraft, viel Zeit und Geduld, heißt eine völlig neue Richtung einschlagen, ist ein Bruch mit der Vergangenheit der Partei und stößt auf die Siegermentalität im tschechischen Volke. Vielleicht würden manche halbproletarische Schichten, bei denen das Klassenbewußtsein noch schwach entwickelt ist, von der Partei abfallen und sich den Nationalsozialisten zuwenden, dafür aber kämen vielleicht wieder andere tausende tschechischer Arbeiter, die heute hinter Schirmal heruntreten, zurück. Nebenbei bewerk wäre es dann auch Schirmal erheblich schwerer gemacht, „internationale“ kommunistische Politik auf die Art vorzugaukeln, daß er die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen auf die Zeit nach dem Siege der sozialen Revolution verweist und dadurch die allnationale tschechische Front bis zu Kramarsch hinüber künftgerecht abschließt.

Wer die Frage des Eintrittes der tschechischen Sozialdemokratie nur mathematisch beurteilt, wer sich nur um irgend eine Mehrheit umsieht, um so beiläufig ein bisschen regieren zu können, der kann zugeben, daß die tschechischen Sozialdemokraten von den Bürgerlichen dringend gebraucht werden, damit die Rechnung stimmt, sie können also keine „Minderheitspolitik“ betreiben. Wer aber den Eintritt der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in die Regierung als eine politische Tat im geschichtlichen Zusammenhang mit der Zukunft der Arbeiterbewegung dieses Staates betrachtet, damit die Sorge und den sicheren und kürzesten Weg zum Sozialismus verbindet, dem können die „Deweise“ unserer tschechischen Genossen, bei der größten Bereitwilligkeit vieles zu verstehen, nicht einleuchten.

### Das belgische Sprachengesetz.

Das Sprachengesetz der tschechoslowakischen Republik vom 29. Feber 1920 bestimmt bekanntlich die (nicht bestehende) tschechoslowakische Sprache als Staatssprache, welche als allgemeine innere Amtssprache zu gelten hat und deren Gebrauch bei allen Behörden, Ämtern, Gerichten usw., sowohl für die Beamten, als für die Parteien obligatorisch ist. Ausnahmen werden nur für jene Behörden etc. zugelassen, deren Wirksamkeit sich auf einen Gerichtsbezirk erstreckt, in dem wenigstens 20 Prozent nicht-tschechoslowakischer Sprachangehörige wohnen. Das Gesetz selbst, wie auch die Praxis schränken den Gebrauch der deutschen, polnischen, ungarischen Sprache nach Möglichkeit ein; dazu kommen die berichtigten Praktiken der letzten Volkszählung, die gewalttätige Tschechisierungstätigkeit aller staatlichen Organe, aber auch die feige Angst und Profitsucht vieler deutscher Kreise, um die Zahl der Nichttschechoslowaken

sind damit auch den Gebrauch aller nichttschechisch-slowakischen Sprachen noch mehr einzuschränken. Trotz dieser unerhörten Gewaltspolitik versuchen die tschechischen Machthaber dem In- und Auslande einzureden, daß ihre Sprachengesetzgebung dem Friedensvertrage entspricht, ja über denselben noch hinausgeht, während in Wahrheit das Sprachengesetz dem Friedensvertrage, der allen Angehörigen sprachlicher Minderheiten das Recht ihrer Sprache vor allen Behörden verbürgt, widerspricht und daher ungültig ist.

Sehen wir nun, wie Belgien, das von zwei Nationen, Franzosen und Flämen bewohnt ist, seine Sprachenverhältnisse ordnet. Der „Moniteur Belge“, das Staatsgesetzblatt Belgiens, veröffentlicht in seiner Nummer 224 vom 12. August 1921 ein von den Kammern beschlossenes Gesetz betreffend den Gebrauch der Sprachen in administrativer Angelegenheit. Dieses Staatsgesetzblatt erscheint in beiden Sprachen, so daß es unmöglich ist, daß etwa die Angehörigen einer der beiden Nationen von einem Gesetze erst Monate nach seinem Erscheinen Kenntnis erlangen, wie es bezüglich der Deutschen bis vor kurzem bei uns der Fall war.

Das Gesetz teilt das Land in überwiegend flämische und in überwiegend französische Provinzen. Eine Ausnahme wird für die Hauptstadt des Landes Brüssel mit den anschließenden Gemeinden, also sozusagen für Groß-Brüssel gemacht. In den flämischen Provinzen gilt die flämische, in den französischen Provinzen die französische Sprache als innere Amtssprache für alle Ämter des Staates, der Provinzen und Gemeinden; in derselben Sprache findet auch der Verkehr mit den Zentralbehörden statt. Den Provinzial- und Gemeindeämtern wird aber das Recht eingeräumt, in beiden Sprachen zu amtieren. Alle öffentlichen Behörden sind verpflichtet, sich in ihrem mündlichen oder schriftlichen Verkehr mit den unterstellten Ämtern der Sprache dieser Ämter zu bedienen. Der Provinzialrat von Brabant und die Gemeinden von Groß-Brüssel bestimmen ihre innere Dienstsprache selbst, sind aber verpflichtet, sich bei allen Kundmachungen und Mitteilungen an die Bevölkerung beider Sprachen zu bedienen. Für die staatlichen Ämter in Groß-Brüssel wird die innere Amtssprache im Verordnungswege bestimmt werden.

In Gemeinden welche eine Mehrheit haben, die eine andere Sprache spricht als die Sprachengruppe, der sie angehören, also im flämischen Gebiete Gemeinden mit französischer, im französischen Gebiete Gemeinden mit flämischer Mehrheit entscheidet der Gemeinderat darüber, welche Sprache im inneren Dienste und im Verkehr mit den Behörden zu verwenden ist; alle staatlichen Behörden sind an diesen Beschluß gebunden und haben sich im Verkehr mit diesen Minoritätsgemeinden der Sprache derselben zu bedienen.

Alle an die Öffentlichkeit gerichteten Kundmachungen und Mitteilungen der Zentralämter des Staates und der diesen unterstehenden öffentlichen Behörden, sowie der Provinzialämter erfolgen in beiden Sprachen; die Kundmachungen der lokalen Amtsstellen des Staates, der Provinzen, der Gemeinden erfolgen entweder in der Sprache der Gemeinde oder in beiden Sprachen, in Groß-Brüssel aber, wie bereits erwähnt, stets in beiden Sprachen. In jenen Gemeinden, in denen dies 20 Prozent der Gemeinbewähler verlangen, müssen die Kundmachungen doppelt sein.

Im allgemeinen soll kein Beamter eine staatliche Funktion, die ihn in Verkehr mit der Bevölkerung bringt, ausüben, der die Amtssprache der betreffenden Gemeinde, in der er sein Amt innehat, nicht kennt. Personen, welche sich um eine Stelle im Staatsdienst, im Dienste der Provinzialverwaltung von Brabant oder der Kommunalverwaltung von Groß-Brüssel bewerben, müssen eine Aufnahmeprüfung entweder in flämischer oder in französischer Sprache ablegen, jedoch auch die elementare Kenntnis der anderen Sprache durch eine Probe nachweisen. Vom 1. Jänner 1925 an muß bei diesen Ämtern jeder Abteilungsleiter, sowie jeder Beamte gleichen oder höheren Ranges vor seiner Ernennung die gründliche Kenntnis beider Sprachen nachweisen; für jene Beamten aber, die bereits dem 1. Jänner 1920 im Dienste waren, gilt diese Bestimmung nicht. Ferner wird eine Ausnahme für jene Beamten gemacht, die während der letzten fünf Jahre vor ihrer Ernennung zum Abteilungsleiter nicht bei der Zentralverwaltung Dienst gemacht haben. Diese Beamten haben bei sonstiger Rückverlegung in die niedrigere Rangklasse die Prüfung binnen zwei Jahren nachzutragen. Im Verordnungswege wird bestimmt, wer von der Prüfung befreit ist, weil er die Kenntnis beider Sprachen auf andere Art nachweist, oder weil das Amt, das er versteht, die Kenntnis beider Sprachen nicht erfordert. Beamte mit einem speziellen technischen Wirkungsbereich können für ihre Verichte die Sprache selbst wählen.

Die Staatsbehörden haben sich im Verkehr mit den Provinzial- und Gemeindebehörden der Sprache der letzteren, im Verkehr mit Einzelpersonen entweder der Sprache der Gemeinde oder der Sprache des Einschreiters zu bedienen. Wenn Gemeinden in beiden Sprachen amtieren, hat der Bürger das Recht die Sprache zu bestimmen in welcher der amtliche

Verkehr mit ihm stattfindet. Die Ämter der zentralen Ämter, des Staates und anderer öffentlicher Korporationen sind in der Sprache des Interessenten abzufassen. Bei den anderen öffentlichen Behörden richtet sich die Sprache der Ämter nach der Sprachengruppe, in der sie gehören. Jedoch ist die Behörde verpflichtet, auf ihre Kosten den Interessenten über dessen Verlangen eine Anfertigung in seiner Sprache anzufolgen. Bis zur vollen Durchführung der Anordnungen über die Sprachenkenntnis der Beamten wird eine Regierungsverordnung den Gebrauch der beiden Sprachen auf eine solche Weise regeln, daß die sprachlichen Interessen der Verwaltung unter voller Gleichberechtigung beider Sprachen gewahrt werden.

Dies ist das Sprachengesetz eines Landes, das von Gleichberechtigung, Demokratie, Achtung vor den Rechten seiner Einwohner allerdings andere Begriffe hat als die Machthaber der tschechisch-slowakischen Republik. Hierbei ist noch zu beachten, daß im Arge viele Flämen mit den deutschen Eroberern sympathisieren, also im Sinne des belgischen Staates Hochverrat üben. Das hindert nicht, daß Flämen und Franzosen sprachlich vollständig gleichberechtigt sind. Der allfällige Einwand, daß in Belgien die beiden Nationen der Zahl nach ungefähr gleich stark sind, ist ganz hinfällig, weil es nicht darauf ankommt, ob die eine oder andere Nation um ein paar Prozente stärker oder schwächer ist, sondern daß in einem in Wahrheit demokratischen Staate jedermann sein Recht in seiner Sprache finden muß, daß jede Herrschaft der einen Nation über die andere einfach unmöglich sein muß. Die Schweiz und Belgien sind Staaten in Europa, die außer der tschechisch-slowakischen von mehreren Nationen bewohnt werden. Sie kennen kein Recht der Herrschaft einer Nation über die andere; der tschechisch-slowakische allein bleibt es vorbehalten, ein solches Recht, das in Wahrheit das größte Unrecht ist, Gesetz werden zu lassen. Wir werden dieses Unrecht niemals anerkennen. Es muß und wird beseitigt werden. Je früher das geschieht, umso besser für den Staat. In unserem Zeitalter ist jeder Staat zum Untergange verurteilt, der die Demokratie und das mit ihr untrennbar verbundene Selbstbestimmungsrecht der Nationen mißachtet.

### Inland.

**Vor fünfzig Jahren.** Gestern vor 50 Jahren, am 12. September 1871, ist ein Reskript des Kaisers Franz Josef erschienen, das in der tschechischen Politik dereinst eine große Rolle gespielt hat. Im Februar 1871 betraute Franz Josef den Grafen Karl Hohenwarth mit der Bildung des Ministeriums, welches die Forderungen der Föderalisten, welche Oesterreich in eine Staatenföderation auflösen wollten, erfüllen sollte. Die Tschechen glaubten, daß ihren staatsrechtlichen Forderungen nunmehr Genüge geschehen werde und tatsächlich erschien vor 50 Jahren das berühmte Reskript, dessen wichtigste Stelle lautete: „Indem wir die staatsrechtliche Stellung der böhmischen Krone im Sinne haben und uns bewußt sind des Reichtums und der Macht, welche diese Krone uns und unseren Vorfahren verliehen hat, indem wir außerdem die ungewöhnliche Treue im Gedächtnis haben, mit der die Bevölkerung der böhmischen Länder zu jeder Zeit unseren Thron gestützt hat, anerkennen wir gerne die Rechte dieses Königreiches und sind bereit, diese Anerkennung mit unserer Krönungsgewalt zu erneuern.“ Der böhmische Landtag antwortete auf das Reskript mit der Annahme der Fundamentalartikel. Die großen Hoffnungen, die die Tschechen damals hegten, haben sich nicht erfüllt, insbesondere der Widerstand der Magyaren machte es unmöglich, Böhmen im Jahre 1871 eine ähnliche staatsrechtliche Stellung zu gewähren, wie sie Ungarn im Rahmen der Monarchie seit 1867 befehlen hat. Die tschechischen Blätter erinnern alle an das in der tschechischen Geschichte bedeutende Ereignis, ohne freilich zu sagen, daß die tschechische bürgerliche Öffentlichkeit einst die Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Forderungen darin sah, daß der alte Franz Josef in Prag zum König von Böhmen gekrönt werde. Das war einmal das ideale Ziel der tschechischen Bourgeoisie, die freilich jetzt ihren habsburgischen Patriotismus aus der Zeit des alten Oesterreich nicht bekennen will. Es gab auch eine Zeit, in der der Herr Kramarich mit großer Begeisterung im Abgeordnetenhaus für den österreichischen Militarismus alles bewilligte. Freilich, solchen Erinnerungen geht man aus dem Wege . . .

**Das Verwaltungschand in der Slowakei.** Die Gemeindevertretung Preßburgs hat in einigen Statuten verschiedene Kommunalsteuerarten festgesetzt. Laut eines in der Slowakei noch gültigen ungarischen Gesetzes können die Statuten der Stadtgemeinde, wenn sich das Ministerium bezüglich derselben binnen 40 Tagen nicht äußert, vollgestreckt werden. Acht Monate verfloßen und das Ministerium für die Slowakei schwieg. Nach acht Monaten kam die Abweisung des Ministeriums. Während dieser Zeit hatte die Gemeinde bereits 5 Millionen auf Grund dieser Statuten eingehoben und daselbe Ministerium, welches die Steuerprojekte der Stadt nicht genehmigt, hat das Präliminare genehmigt, das auf die später verweigerten Kommunalsteuern (Hauszinsabheiler, Kommunalzuschläge usw.) basiert ist. Die Stadt Preßburg wird dadurch in eine unmögliche

Lage versetzt. Die Gemeindefasse ist leer, der Staat zahlt seine Schulden der Stadt nicht, die Stadtgemeinde mußte längst den Staat wegen einer Million restlichen Kaufschillingen klagen. Und unter solchen Umständen soll die Stadt, die schon eingehobenen Steuern rückzahlen! Die Erbitterung der Einwohnerschaft wird noch gesteigert, weil es offensichtlich ist, daß der Minister unter dem Vorwande des Mittelstandeschutzes die tschechischen Banken, mit welchen Preßburg während zwei Jahre überflutet wurde und welche in Preßburg fast volle Steuerfreiheit genießen, auf Kosten der Bevölkerung schützen will. Den Grundsatze der Progressivität, den die Gemeindevertretung obwalten ließ, erledigte der Minister damit, daß bei Erwerbssteuern diese nicht am Plage sei, denn es kann dabei vorkommen, daß gleiche Unternehmen mit verschiedenen Zuschlägen belastet werden, wodurch die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt wird! Und da die Gemeindevertretung gegen diese Politik protestieren wollte, wurde die für den 20. d. anberaumte Generalversammlung auf Ordre des Rupans vertagt, da vor der Ankunft des Präsidenten die „Harmonie“ in der Hauptstadt der Slowakei nicht gestört werden soll. Die Gemeindefraktion der deutschen Sozialdemokratie legte scharfen Protest gegen das Verwaltungschand und gegen die Straußpolitik des Rupans ein, welche die Verwaltungsanarchie zu vertiefen trachtet.

### Der Sturz der Kahrregierung.

Die gewalttätige und trotzig Reaktion Bayerns hat ihren Häuptling verloren. Herr von Kahr und sein ergrühter deutschnationaler Gesinnungsgenosse Dr. Roth sind Sonntag zurückgetreten, gestern ist das bayerische Ministerium ihnen in die Verfenkung gefolgt. Im finsternen Münchner Horizont ist ein schwacher Lichtschein ausgegangen: die Parteien des Landtages haben sich von dem zu Putsch und Rebellion gegen das Reich entschlossenen Führer des weißen Terrors nicht zum äußersten fortziehen lassen. Nicht zum äußersten, mehr bedeutet das Ergebnis der für Kahr verhängnisvollen Sonntagssitzung nicht. Denn so ziemlich alle bürgerlichen Parteien gaben deutlich zu verstehen, wie tief ihnen die bayerischen Sondergelüste in den Knochen stecken, sie überboten sich in eifersüchtiger Wahrung der „souveränen Landesrechte“. Nur den „Bruch mit Berlin“ wollten sie nicht riskieren und darum lehnten sie die Forderung Kahrs ab, daß der Ausnahmezustand in Bayern, d. h. die Anebelung jedes freien Wortes, erst aufgehoben werden solle, bis die „Verhältnisse es gestatteten“. Dieser „Zusatz“ zum Kompromiß mit Berlin hätte es in Wahrheit auf den Kopf gestellt.

Anlaß zu jubeln besteht darum nicht. Im Gegenteil. Doppelte Vorsicht, doppelte Wachsamkeit und Einigkeit tut not, dessen müssen sich die bayerischen Genossen auf dem äußersten rechten und auf dem linken Flügel bewußt sein. Die Linksradikalen haben mit ihren waffenklirrenden Worten Herrn von Kahr den Vorwand geliefert, von „drohenden Verhältnissen“ sprechen zu können und sein Nachfolger würde jede ähnliche Gelegenheit wieder mit Freunden aufgreifen. Die Verschullichkeit manches rechtsstehenden Genossen hat ebenso gewiß dem Ministerium den freien Mut gegeben, auf die Nachgiebigkeit der Arbeiterschaft zu spekulieren. Beides darf fürderhin nicht mehr geschehen. Ein ehernes „Bis hierher und nicht weiter“ muß den Kahrputschisten, die sich unter veränderter Flagge gewiß wieder in der Regierung sammeln werden, den Willen der Arbeiterschaft ins Bewußtsein hämmern: Daß das freie Bayern der Teil sein müsse eines freien, zur sozialen Gerechtigkeit aufstrebenden Reiches!

### Rücktritt des bayerischen Gesamtministeriums.

München, 12. September. Die Korrespondenz „Hoffmann“ meldet: Das gesamte Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das gesamte Ministerium zurückgetreten. Nach § 46 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

München, 11. September. Die Korrespondenz „Hoffmann“ meldet amtlich: Nach den Beschlüssen des Ständigen Landtagsausschusses von gestern sollte sich die bayerische Staatsregierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zeitungsverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses geändert wird. Die bayerische Regierung hat heute beim Ständigen Landtagsausschuß den Zusatz beantragt, daß „der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann näher getreten werden solle, wenn die Verhältnisse es gestatten“. Dieser Zusatz ist in der sonntägigen Sitzung vom Ständigen Landtagsausschuß mit Mehrheitsbeschluß abgelehnt worden. Deshalb treten Ministerpräsident von Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück. Der Ministerrat wird morgen vormittags zusammentreten.

### Der Landtagsausschuß.

München, 11. September. Der ständige Landtagsausschuß trat heute wieder

zu einer Sitzung zusammen. Ministerpräsident Kahr war nicht erschienen. Ihn vertrat Staatssekretär Dr. Schweyer. Vorsitzender Abg. Held erklärte bei Beginn der Sitzung, daß nach einer an ihn gelangten Mitteilung der Ministerrat auf dem Standpunkt stehe, daß gegenwärtig, wo man nicht wisse, wie die Stimmung in Franken sich entwickle und wo in der Dessenlichkeit behauptet wird, auf der anderen Seite beständen Putschgefühle, die Staatsregierung nicht in der Lage sei, für die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes einzutreten. Sie sei aber bereit, dies zu tun, sobald sich zeigen würde, daß Gefahr nicht vorhanden sei und wünsche deshalb, den Schlußsatz einzufügen, „sobald die Verhältnisse es erlauben.“ Held erklärte sich für den Regierungsvorschlag. Abg. Kielech (U. S. P.) äußerte, das Vorgehen der Koalitionsparteien und der bayerischen Regierung grenze an Reichshochverrat. Abg. Speck (bayerische Volkspartei) erklärte, er halte es für sehr gefährlich, die Sache auf die Spitze zu treiben, da das Reich alle Trümmer in der Hand habe. Man müsse auf den Boden des Berliner Abkommens treten. Der Zusatzantrag der Regierung wurde schließlich gegen die Stimmen der bayerischen Mittelpartei abgelehnt.

### Das Verbot der kommunistischen Zeitungen aufgehoben.

Berlin, 10. September. (Wolff.) Zwischen dem Reichsminister des Innern und Vertretern der kommunistischen Partei hat heute eine Besprechung stattgefunden. Auf Grund der von der kommunistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärung hat der Reichsminister des Innern das Verbot der Blätter in Frankfurt a. M., Kassel, Halle und Breslau aufgehoben.

### Günstige Antwort der Iren in Sicht.

London, 11. September. Starke Gründe sprechen für die Annahme, daß das irische Kabinett sich bereits entschieden hat, die Einladung der Regierung zu einer Konferenz anzunehmen. Die Antwort wird wahrscheinlich vor Mittwoch übermittelt werden.

### Die Regierungsbildung in Polen.

#### Glombinski mit der Kabinettsbildung betraut.

Warschau, 11. September. (Tsch. P. B.) Auf Grund der unter Vorsitz des Landmarschalls Trapezynski abgehaltenen Besprechungen wurde dem Führer der nationalen Volkspartei Abg. Glombinski die Kabinettsbildung anvertraut. Dieser erklärte, die Kabinettsbildung annehmen zu können, wenn sein Kabinett im Landtage die Mehrheit erlangen würde.

#### Landtagswahlen in Thüringen.

Berlin, 12. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die gestrigen Landtagswahlen in Thüringen haben, so weit sich dies nach den bisherigen vorliegenden Einzelergebnissen übersehen läßt, einen kleinen Erfolg der Rechtssozialisten, einen durch die Spaltung verursachten Rückgang der Unabhängigen und einen völligen Niederbruch der Kommunisten gebracht.

### Der Völkerverbund will die geistigen Arbeiter organisieren.

Genf, 10. September. Die Finanzkommission beschloß dem Völkerverbunde die Entscheidung bezüglich einer eventuellen Aenderungen des Sitzes des Völkerverbundes zu überlassen. Der Ausschuß für humanitäre Fragen genehmigte prinzipiell die Ausführungen Leon Bourgeois, welcher die Schaffung eines internationalen Ausschusses empfohlen hatte, der die Mittel studieren soll, mit welchen eine internationale Mitwirkung der intellektuellen Arbeiter zu organisieren wäre. Zugleich wurde der Antrag genehmigt, daß eine oder mehrere Stellen in diesem Ausschusse Frauen vorbehalten sind.

### Stürmische Auseinandersetzungen in den italienischen Gewerkschaften.

Mailand, 11. September. Der Generalrat der Gewerkschaftsverbände trat hier zusammen, um über die kommunistischen Resolutionen zu diskutieren, von denen eine auf den politischen Streik abzielt. Die Kommunisten befanden sich in der Minderheit. Es kam zu einem harten Zusammenstoß, wobei einige Personen verletzt wurden. Die Kommunisten verließen den Saal, kehrten aber wieder bald zurück und versuchten eine neue Diskussion anzuknüpfen, welche aber das Vollzugskomitee ablehnte.

#### Dr. Venesch aus Genf abgereist.

Berlin, 11. September. Aus Genf wird gemeldet, daß der Führer der tschechisch-slowakischen Delegation, Minister des Äußeren Dr. Venesch, vorgestern aus Genf abgereist ist. Es heißt, seine Abreise hänge mit den Ereignissen im Burgenlande und mit den Maßnahmen der kleinen Entente zusammen.

Herabminderung der Abzahlungsrate. Die beschlossene Resolution forderte die Beschleunigung der Stabilisierung der Gehälter. Auch im unteren Saale und im Freien fanden Versammlungen statt.

Das Dante-Gedicht Friedrich Adlers in unserer Sonntagsnummer ist durch einen Druckfehler arg entstellt worden. Die Schlussverse hat zu lauten:

So stand der Dichter da. Und ihn umspannt Im heißen Trieb des Schauerns und Verwebens Die große Wanderung, die er begann Auf halbem Wege unsres Erdenlebens.

### Die magyarische Gefahr.

„Wasch mit den Pelz...“

Wien, 11. Sept. Die Unterredung zwischen den Mitgliedern der interalliierten Generalskommission den Generälen Ferrario, Gordon u. Hamelin, und dem Bundeskanzler Schober, die heute in Landegg an der ungarischen Grenze stattgefunden hat, bot Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung der durch die Zurücknahme der österreichischen Gendarmerie geschaffenen Lage. Der Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen das größte Gewicht auf die Durchführung der Friedensbedingungen durch die vollkommene Räumung des Burgenlandes seitens der Magyaren gelegt, angesichts der augenblicklichen Sachlage aber außerdem bis zur hoffentlich baldigen Klärung die notwendigen Sicherungen der alten österreichischen Grenze verlangt und in dieser Richtung bestimmte Zusicherungen erhalten. Die Generalskommission hat speziell zum Schutze der Wiener-Neustädter Kohlenbergwerke und Gemeindebahnen eine von Bimpassing bis südlich nach Wiener-Neustadt reichende, auf burgenländischem Gebiete liegende Sicherheitszone festgesetzt. Die Generalskommission hat erklärt, daß durch die Rücknahme der Gendarmerie das Recht Oesterreichs auf das Burgenland in keiner Weise berührt werde und hat ihre feste Absicht ausgesprochen, die Räumung des burgenländischen Gebietes von den Banden sofort in Angriff zu nehmen. Es wurde vereinbart, die Durchführung derselben von der Generalskommission beschlossenen Maßnahmen zu beschleunigen und eine ständige Verbindung zwischen der Generalskommission und der österreichischen Regierung herzustellen.

#### Westungarn und die europäische Krise.

Wien, 12. September. Der Sonn- und Montagszeitung" zufolge äußerte sich der Bundeskanzler Schober gegenüber einem französischen Journalisten über die westungarische Frage folgendermaßen: Sollte der gegenwärtige Zustand in Westungarn andauern, wird der Friede in Zentral- und Ost-Europa nicht aufrecht erhalten werden können. Die Kleine Entente bereitet sich bereits zur Intervention vor, denn der Friedensvertrag gelte auch für sie nicht, wenn er von Magyaren verfehlt werde. Italien aber werde die Schaffung eines großen slavischen Blocks an seiner Nordgrenze nicht dulden und alle äußersten Mittel in Anwendung bringen, um ein Eindringen der Jugoslawen in Westungarn zu vereiteln.

#### Das diplomatische Rätsel.

Budapest, 12. September. „Pesti Hírlap“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem italienischen Gesandten in Budapest, Castagnetta, in welcher der italienische Diplomat Ungarn der Sympathie Italiens versichert, doch sei die jetzige Situation besonders schwer, da Italien im Einvernehmen mit den anderen Mächten gezwungen sei, an der Durchführung des Trianoner Friedensvertrages festzuhalten. Italien wolle durch seine jetzige scheinbar strenge Haltung gewisse schwere Gefahren verhindern, die Ungarn bedrohen würden, wenn es den Trianoner Vertrag nicht durchführen würde. Wenn sich die Gemüter besänftigen, werde auch Ungarn selbst einsehen, daß diese scheinbare Strenge zu seinem eigenen Heil gedient hat.

#### Der Völkerrat droht den Vorkühnsten Strafmaßnahmen an.

Paris, 11. September. (Gavas.) Die Völkerratskonferenz richtete an den ungarischen Gesandten in Paris eine Note, worin festgestellt wird, daß die von Banden oder Teilen ungarischer regulärer Militärs in den westungarischen Komitaten begangenen Akte von Gewalttätigkeit die magyarische Regierung unmittelbar mit der Verantwortlichkeit belasten. Die Note fordert die magyarische Regierung auf, die beiden Zonen Westungarns zu räumen und fügt hinzu, daß für den Fall, als Ungarn in seiner Haltung beharren sollte, Strafmaßnahmen ins Auge gefaßt würden, um die Durchführung des Vertrages von Trianon zu sichern.

#### Italien zum tätigen Eingreifen bereit.

Paris, 11. September. Nach einer Sabasmeldung aus Rom hat die italienische Regierung in Wien wissen lassen, daß sie bereit ist, in den österreichisch-ungarischen Konflikt in Westungarn einzugreifen. Nach einer weiteren Meldung sollen die ersten italienischen Kontingente bereits abgegangen sein.

#### Die christlichen Ungarn machen schmutzige Geschäfte.

Budapest, 12. September. (Tsch. P. V.) Die Affaire mit den Ausfuhrbewilligungen nimmt ungewöhnliche Dimensionen an. Bisher wurden 13 Personen verhaftet, darunter der Sekretär des Ackerbauministers, Ludwig Esküdt. Es wurde festgestellt, daß Esküdt dem Minister auf unerlaubte Art Ausfuhrzertifikate zur Unterzeichnung vorlegte. Auf der Polizei gestand Esküdt, daß er Beträge auf die Zertifikate entgegengenommen habe, behielt sich jedoch vor, weitere Aussagen nur dann zu machen, wenn er in Gegenwart des Ministerpräsidenten verhört werde. Auf Grund dieser Einvernahme finden sich Ministerpräsident Graf Bethlen, Justizminister Tomcsany, Kultusminister Vahs und Minister des Innern Raday beim Oberstadthauptmann ein, wo Esküdt erklärte, die übernommenen Beträge der Kassa der Partei der Kleinen Landwirte abgeführt zu haben. Zwei Abgeordnete hätten größere Summen für sich behalten. Der Ackerbauminister wollte infolge der Ergebnisse der Untersuchung seine Demission überreichen, wurde jedoch von den übrigen Ministern vorläufig davon abgehalten.

#### Ungarns Antwort an die Entente.

##### Ein jesuitisches Meisterwerk.

Budapest, 12. September. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro meldet: Die ungarische Regierung hat Sonntag vormittags den Budapestern Vertretern der drei europäischen Großmächte ihre Antwort auf die jüngste Ententenoie überreicht. Die Antwort versichert, daß die ungarische Regierung das Bestehen der Entente über die Ereignisse in Westungarn vollkommen teile. Gleichzeitig stellt die königlich ungarische Regierung mit Bitterkeit fest, daß der Völkerrat seine Meinung in erster Reihe auf solche feindliche Informationen gegreift hat, die von den Gegnern Ungarns geliefert wurden. Die traurigen Ereignisse, deren Schauplatz die Zone A des abgetretenen Gebietes in den jüngsten Tagen war, sind eine natürliche Folge jener Erbitterung, von welcher die patriotische Bevölkerung durchdrungen ist in dem Augenblicke, in welchem ihre Heimat nach einem tausend Jahre lang währenden ununterbrochenen und glorreichen geschichtlichen Zusammensein von dem Mutterlande in Friedenszeit abgetrennt wird. Die königlich ungarische Regierung hat, so bitter auch die Aufgabe war, jene Mitbürger zu mahnen, die, von einem natürlichen Patriotismus geleitet, einen Widerstand dagegen zu unternehmen versuchten, daß ein Teil des Landes seinem vor kurzem noch Verbündeten übergeben werde, nicht einen Augenblick gezögert, mit der Erlassung von Verfügungen das Zustromen fremder Elemente nach dem in Rede stehenden Gebiete zu verhindern.

Die Auffassung, als ob es in der Nacht der ungarischen Behörden läge, vollkommen zu verhindern, daß fremde Personen jenes Gebiet betreten, ist irrig. So läßt es sich mit dem bei uns in Geltung befindlichen demokratischen parlamentarischen Grundgesetz vereinbaren, daß Abgeordneter Friedrich, Mitglied der Nationalversammlung, der infolgedessen ein Immunitätsrecht genießt, solange er keine strafbare Handlung begeht, mit Gewalt daran gehindert werden könne, einen unter ungarischer Oberhoheit stehenden Landstrich zu betreten. Sobald aber die ungarische Regierung Kenntnis davon erhalten hat, daß Friedrich die Organisation eines bewaffneten Widerstandes versuche, hat sie ihn unverzüglich aufgefordert, das Gebiet zu verlassen. Dieser Aufforderung hat Abgeordneter Friedrich am 20. August auch Genüge geleistet. Was die Wirksamkeit der von der ungarischen Regierung angeordneten Maßnahmen betrifft, so muß in der Folge bemerkt werden, daß zur Erreichung des angestrebten Zieles die einzig wirksame Maßnahme die vollständige Abschließung des ganzen Trianoner Grenzgebietes durch einen militärischen Aordon gewesen wäre. Da die ungarische Regierung die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages, sofern sie sich auf den Präsenzstand beziehen, bereits vollkommen durchgeführt hat, war es ihr nicht möglich, die ungefähr 200 Kilometer lange Grenzlinie Westungarns durch einen Aordon abzuschließen. Dazu erlaube ich mir zu bemerken, daß die Zahl der zwischen der Linie und der Trianoner Grenzlinie befindlichen Gendarmen bloß 1900 beträgt, mit eingerechnet die drei Gendarmekompanien des Majors Szeyenburg und die zwei Gendarmekompanien Ranzenbergs. Diese Gewalt genügt im Bestalle zur Aufrechterhaltung der Ordnung zwischen beiden Linien. Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß der gute Wille der ungarischen Regierung nicht im Zweifel gezogen werden kann und daß sie alle in ihrer Macht ste-

henden Verfügungen getroffen hat. Die ungarische Regierung lehnt also die Verantwortung für die bedauerlichen Ereignisse, die sich in Westungarn zugetragen haben, ab. Die ungarische Regierung spricht ihren tiefen Dank aus für die Fürsorge des Völkerrates, die er anlässlich der Räumung der Baranya gegenüber Ungarns berechtigten Ansprüchen an den Tag gelegt hat, bemerkt aber, daß diese Räumung noch nicht gänzlich vollzogen ist und daß die Behörden des HSH-Königreiches die Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls bis auf den heutigen Tag verweigert haben. Die ungarische Regierung erklärt auf das entschiedenste, daß sie bereit ist, den Bestimmungen des Vertrages Genüge zu leisten und daß es keineswegs in ihrer Absicht steht, sich den durch den Vertrag ihr auferlegten Verpflichtungen zu entziehen. Sie wird nicht veräumen, mit der nötigen Energie jedermann zur Einhaltung seiner Pflichten zu zwingen. Die königlich ungarische Regierung ist überzeugt, daß die hohen verbündeten Mächte ihre Ansicht teilen, wonach es über jeden Zweifel erhaben ist, daß die aus der Uebergabe entstehenden Rechte Ungarns ebenso geschützt werden müssen wie die territorialen Rechte Oesterreichs. Da die ungarische Regierung Kenntnis erlangt hat davon, daß die hohen verbündeten Mächte in derselben Sache auch bei der Wiener Regierung interveniert haben, erlaubt sie sich festzustellen, daß dieser Schritt, wie es scheint, keinerlei Wirkung auf die Wiener Regierung übte, die nicht nur die sofortige Uebergabe des in Frage stehenden Gebietes fordert, sondern sogar die prinzipielle Anerkennung der ungarischen Ansprüche verweigert. Die öffentliche Meinung Ungarns ist darum tief enttäuscht. In ihrer Besorgnis wäre es unbedingt notwendig, zwischen der Sicherung der Rechte Oesterreichs und Ungarns das Gleichgewicht herzustellen. Die königlich ungarische Regierung ist überzeugt davon, daß dies trotz der leihin aufgetauchten Schwierigkeiten innerhalb kurzer Zeit möglich sein wird. Sie wäre den hohen Verbündeten außerordentlich dankbar, wenn diese sie von den Schritten verständigten, die sie in dieser Frage in Wien bereits unternommen haben, bzw. zu unternehmen gedenken. Die ungarische Regierung, wie in der Vergangenheit bereit, die Bestimmungen des Trianoner Friedens inbezug auf Westungarn durchzuführen, ist geneigt, die Räumung weiter fortzusetzen. Trotzdem hält sie es mit Rücksicht auf die auf diesem Gebiete herrschende schwierige Situation für zweckmäßig, daß die interalliierte Militärmission in Ledernburg unter Einbeziehung der Behörden der beiden unmittelbar beteiligten Länder und unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen sowie der des fraglichen Gebietes eine neue Uebergangsmodalität ausarbeite, welche den geänderten Verhältnissen Rechnung trägt. Es ist selbstverständlich, daß die ungarische Regierung, sobald die Uebergabe nach diesem Plane erfolgt sein wird, das Protokoll sofort zu unterzeichnen gewillt ist. Unterr.: Banffy.

#### Kamenew über die Hungersnot.

Paris, 11. September. (Gavas.) Nach einer Meldung der „Information“ aus Riga soll in einer der letzten Sitzungen der Sowjets in Moskau, der mehrere ausländische Journalisten beizwohnten, Kamenew erklärt haben, daß die Sowjetregierung einen entscheidenden Sieg in ihrem Kampfe gegen die Hungersnot davongetragen habe: 10 Millionen Pfund von Getreide seien den Hungernden schon geliefert worden und dieses Ergebnis sei nach der Ansicht Kamenews die beste Antwort an die europäische Bourgeoisie, die bereits mit dem Sturze der Sowjetregierung gerechnet habe. Durch die Beilegung der Hungersnot durch die Sowjetregierung sei ihre Macht für viele Jahre befestigt worden. Trotz hob in seiner Rede hervor, daß die Sowjetregierung ihr Möglichstes tue, um die normalen Beziehungen zwischen Rußland und Europa wiederherzustellen, aber alle diese Versuche stießen auf die Interventionenpolitik Frankreichs.

#### Die Regierungen wollen Rußland nicht helfen.

Paris, 11. September. „Petit Parisien“ meldet: Aus den nach Paris und London gelangten, teilweise verstümmelten ersten Meldungen geht hervor, daß die Sowjetregierung nicht geneigt ist, zuzustimmen, daß eine Untersuchungskommission selbst die Bedürfnisse in den betroffenen russischen Gegenden sicherstellt. Das Blatt bemerkt, man habe eingesehen, daß es überflüssig wäre, weiterhin zu warten. Infolgedessen werde der internationale Ausschuss nächste Woche in Paris zusammentreten und wahrscheinlich erklären, daß seine Aufgabe beendet ist und er es dem Ermessen der Privatorganisationen überlasse, dem russischen Volke zu helfen.

#### Ausland.

##### Das Schicksal der Stadt Memel.

Die Friedensverträge haben neben anderen Annehmlichkeiten auch die gezeitigt, daß das Schicksal so und so vieler Städte und Länder, ohne daß man ihnen eine Volksabstimmung zu-

billigte, doch in Schwere blieb, worunter natürlich die Lebenslage aller Bewohner entscheidend leidet. Auch die Stadt Memel wurde von ihrem deutschen Mutterlande abgetrennt, aber einem Provisorium, der Verwaltung durch eine französisch geleitete Kommission, unterstellt. Wegen des guten, natürlichen Höhen und wegen des aktiven Budgets der Stadt streiten Litauen und Polen heftig um den fetten Pisse, List und Gewalt sollen ihnen zu dem erwünschten Besitz verhelfen. Der französische Kommissar Peroni ernannte soeben einen Dr. Steputat zum Landespräsidenten, einen erklärten Freund der Litauer. Die Memelländer müssen also befürchten, daß man „oben“ der litauischen Lösung zuneige, trotzdem bei einer Eternabstimmung nur 18 Prozent Unterricht ihrer Kinder im litauischen verlangt haben. Das Nächtliegende wäre, da der Friedensvertrag die Vereinigung mit Deutschland verbietet, ein Freistaat nach Danziger Muster. Aber heutzutage kommt es nicht auf die Verunft an, sondern auf den Willen der Siegerstaaten, die Länder und Völker je nach augenblicklichen Vorteil verschahren.

##### Französischer Chauvinismus.

Zur Erinnerung an die Marne Schlacht hielt der Kriegsminister Barthou in Meaux eine große Rede. Die deutschen Imperialisten, schalt er, haben nichts gelernt und nicht vergessen. Daß er bei diesem staunenswerten Schachspiel nicht bei sich zu Hause dasselbe erndete, kann nur ein Spezialist für fixe Ideen begreifen. Dann gab er gnädigst zu, daß es auch ein „zweites, demokratisches Deutschland“ gebe, billigte dem braven Knaben Birth die Rolle „recht befreibend“ zu und sang endlich das wohlbekannte Lied von der Reparation und der Entwaffnung, die Deutschland bis auf den letzten Punkt des Schloßschloßes leisten müsse. Die Warden an der Seine hören sich eben fürchtbar gern ihre Schlachtgeschänge sitzen. Wenn dann die gelehrigen Stahlhelmschlinge die Symmetrie in deutscher Sprache nachhören, sind sie erlaunt, offiziell entrüstet und heimlich tief befriedigt. Verbürgen doch diese Chöre links und rechts des Rheins, daß das frische, fröhliche Schlachten 1914—1918 noch nicht das letzte gewesen ist, daß es noch Millionen von Leidenbergen geben wird, wenn — ja, wenn wir und unsere Genossen nicht die Welt eines Besseren belehren.

Paris, 11. September. Das Pariser „Journal“ meldet aus San Sebastian: In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. sind drei spanische Kolonnen von Melilla aufgebrochen und haben gegen zwei Uhr nachmittags die Vorstellungen der Mauren erreicht. Bisher weiß man nur, daß die Mauren erbitterten Widerstand leisten.

Moskau, 12. September. (Rundpruch.) Tschischerin hat dem polnischen Vertreter in Moskau, Filipowitsch, eine Note überreicht, in der eine Reihe offenkundiger Unterstellungen Sowinkows durch die polnische Regierung aufgezählt und die Entfernung Sawinkows aus dem Gebiete der polnischen Republik verlangt wird.

#### Kleine Chronik.

Das Gesetz über die Ernennung von Beamten im Kanzleidienste vom Präsidenten zurückgestellt. Wie das Tschische Presbüro meldet, hat der Präsident der Republik nach § 47 der Verfassung das Gesetz vom 12. August 1921 über die Ernennung von Beamten im Kanzleidienste infolge Einwendungen zurückgestellt.

Die Forderungen der österreichischen Beamten. Wien, 12. September. Die Beamtenorganisationen haben bekanntlich ihre Forderungen der Regierung bereits bekanntgegeben. Sie haben sich dahin entschieden, statt der bisherigen allmonatlich zur Auszahlung gebrachten 2000 K von jetzt ab 4500 K pro Kopf zu verlangen und außerdem für die Pensionisten einen Betrag von 1500 K monatlich. Die Forderung geht dahin, daß dieser Betrag am 20. ds. — spätestens aber am 22. ds. — flüssig zu machen wäre. Die Mehrforderung für die Beamtenschaft erfordert einen Betrag von 7 1/2 Milliarden, wozu noch die Ausgaben für die Pensionszuwendung kommen.

Die Opfer des Eisenbahnunglücks von Les Echets. Paris, 12. September. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Lyon sind beim Eisenbahnunglück bei Les Echets 38 Personen getötet und ungefähr 60 verletzt worden.

Wieder ein großes Eisenbahnunglück in Frankreich. Lyon, 11. September. (Gavas.) Gestern abends ist der Schnellzug Straßburg-Lyon einige Kilometer vor Lyon entgleist, während er mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometer fuhr. Drei Wagen dritter Klasse und ein Badwagen wurden umgeworfen. Die Zahl der Opfer beträgt 32 Tote und 60 Verletzte.

Eine Stadt durch Unwetter zerstört. Paris, 12. September. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Kingston hat ein heftiges Unwetter die Stadt Georgetown auf der Insel Tobago zerstört. Man meldet auch schwere Schäden auf Trinidad. Die Ernte ist fast vollständig vernichtet.

Arbeiterkrisis. Die Arbeiterin Anna Matanelli aus Zabelitz, beschäftigt bei der Fa. Gottlieb Gajel, verlegte und verbrannte sich gestern im Gefächte durch die Explosion einiger Sprenglätze, welche sie aus der Hand zu Boden fallen ließ. Sie wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Vorstandskonferenz der tschechischen Gewerkschaften.** Donnerstag, den 8. September fand in Prag eine Vorstandskonferenz der tschechischen Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände statt, in der für 37 Verbände 159 Vertreter erschienen waren. Ueber das Betriebsrätegesetz referierte Genosse Taherle. In der hierzu angenommenen Resolution wird erklärt, daß das Gesetz die Arbeiterschaft nicht befriedigt hat und es wird schon jetzt Protest eingelegt gegen Bestrebungen, durch die das Gesetz noch weiter verschlechtert werden soll. Die Gewerkschaftskommission wird beauftragt, zur Verbesserung und Durchführung des Gesetzes folgendes zu unternehmen: 1) Einen Antrag auszuarbeiten, durch welchen das Gesetz auch auf Unternehmungen, die 15 bis 30 Personen beschäftigen, ausgedehnt wird und in kleineren Betrieben gesetzlich gestützte Vertrauensmänner eingeführt werden. 2) Die Durchführungsverordnung soll unter Mitwirkung der Gewerkschaften abgefaßt werden. 3) Das Wahlrecht soll vom 20. auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt werden. 4) Das Gesetz über die Betriebsräte im Bergbau soll mit dem allgemeinen Betriebsauschüßgesetz verbunden und ein einheitliches Betriebsrätegesetz für alle Arbeiter geschaffen werden. 5) Das Gesetz soll auf alle Unternehmungen, auch auf die im bisherigen Gesetze nicht genannten, erstreckt werden. 6) Die Mitwirkung der Betriebsauschüße soll bei Entlassungen der Art sowie bei Aufnahmen gesichert werden. Außerdem wurden Beschlüsse gefaßt, die sich auf die Bildungsarbeit beziehen, eine eigene für die Betriebsräte bestimmte Rubrik wird die Zeitschrift der Kommission enthalten, kurze und Vorträge werden eingeführt. — **Ueber Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit** referierte Gen. S. ampl. In dem diesbezüglich beschlossenen Antrage wird zunächst die prinzipielle Feststellung gemacht, daß das Gesetz über die Arbeitslosigkeit nur ein Hilfsmittel ist und nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung auch die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden können. Für die nächste Zeit wird geordert: 1) Mitwirkung der Betriebsvertrauensmänner bei Entlassungen. 2) Tatkraftige Durchführung des Bausgesetzes. 3) Herabsetzung der Frachttarife. 4) Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande. Die Arbeitslosenunterstützung muß unter Mitwirkung der Gewerkschaften ausgezahlt werden, die Gewerkschaften müssen alle Vorbereitungen treffen, damit das endgültige Gesetz über die Arbeitslosigkeit (Genet. System) ehestens durchgeführt werden könne. Bei der Neuregung der öffentlichen Arbeitsvermittlung soll Rücksicht genommen werden auf die bisherige Wirksamkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiete. Ueber Fragen der Organisation referierte gleichfalls Genosse Taherle. In seiner Resolution hierzu wird dagegen Stellung genommen, daß die einzelnen proletarischen Parteien ihre Kämpfe in die Gewerkschaften einzutragen. Dadurch drohe der Gewerkschaftsbewegung die Zerstückelung. Zur endgültigen Regelung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen wird ein allgemeiner Gewerkschaftskongress einberufen. Außerdem wurden noch einige kleinere Entschlüsse angenommen. In einer, die über die Ernährungsfrage handelt, wird die reiflose Durchführung der Verordnung vom 11. August 1921 und die klaglose Versorgung der in dieser Verordnung umschriebenen Personen gefordert. In einer anderen Resolution wird die Zustimmung zu der von der Kommissi-

on unternommenen russischen Hilfsaktion ausgesprochen und der Wunsch geäußert, dieselbe möge mit der von der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale unternommenen Aktion in Einklang gebracht werden. Schließlich wird in einer Entschlußung den Bergarbeitern in ihrer Abwehraktion die Sympathie ausgesprochen.

**Eigenartige Dementierungsmethoden.** Am Freitag dementierte das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Nachricht, als ob irgend ein Monopol des Petroleumhandels an irgend eine Gesellschaft vergeben werden sollte. Demgegenüber veröffentlicht die „Tribuna“ den Entwurf zu dem Vertrag, der zwischen einer amerikanischen Gesellschaft und dem tschechoslowakischen Staat abgeschlossen werden soll. Es soll eine Aktiengesellschaft errichtet werden, welche sowohl die Produktion von Petroleum als auch den Handel damit monopolisiert. Der Staat soll 25 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft erhalten. Die Gesellschaft soll das ausschließliche Recht der Einfuhr und des Verkaufes von Petroleum haben, sie muß das eingeführte Petroleum von heimischen Raffinerien verarbeiten lassen und die eingeführten Fertigwaren zu billigen Preisen abgeben. Der tschechoslowakische Staat bekommt von dem eingeführten Petroleum eine Abgabe. In der tschechoslowakischen Republik müssen stets auf sechs Monate Erdölprodukte vorhanden sein. Die Gesellschaft kann Verkaufsstellen und Lageräume einrichten. Bei der Versorgung ihrer Unternehmung mit Maschinen muß der heimischen Industrie der Vorzug gegeben werden. Die Gesellschaft darf nicht mehr als 15 % ausländischer Beamte beschäftigen, im Verwaltungsrat hat der Staat vier Vertreter. Der Vorsitzende der Gesellschaft wird vom Ministerium s. B. Arbeiter ernannt, die Handelsprache ist natürlich tschechisch. Im Verkehr mit dem Ausland kann sich die Gesellschaft auch anderer Sprachen bedienen. (Wie gnädig, daß man die Amerikaner nicht zwingen will, tschechisch zu korrespondieren. Hum. d. Red.) Die Gesellschaft wird auf die Dauer von 30 Jahren errichtet.

**Neue Banken.** „Narodni Listy“ melden, daß in der nächsten Zeit die tschechische katholische Volkspartei in Prag eine Bank mit einem Kapital von 15 Millionen Kronen gründen wird. — Gleichzeitig wird von einer Gründung einer Bank für die Porzellanindustrie berichtet, die über ein Kapital von 40 Millionen Kronen verfügen soll.

**Die umstrittene Zwischleneinfuhr.** Wie tschechische Blätter melden, protestieren die Agrar Zeitungen dagegen, daß die tschechoslowakische Regierung die Einfuhr südslawischer Pflaumen verboten hat. Die Blätter fordern die Belgrader Regierung auf, als Repressivmaßnahme die Einfuhr von Eier, Textilwaren und Explosivstoffen aus der Tschechoslowakei einzustellen.

**Gewerkschaften und Arbeiterjugend in Deutschland.** Am 19. und 20. August dieses Jahres fand in Cassel die erste Deutsche Gewerkschaftliche Jugendkonferenz statt. Die Aufgabe, die jungen Arbeiter zu gewerkschaftlichen Kämpfern heranzubilden, gewinnt vor allem dann Bedeutung, wenn als Ziel der Gewerkschaftsbewegung nicht nur die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des Kapitalismus bestimmt wird, sondern die „nach sozialistischen Grundsätzen geregelte Wirtschaft“. Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Förderung der Berufsbildung der Lehrlinge und ungelerten Jugendlichen; Mitarbeit auf dem Gebiet der Gesetzgebung in diesen Fragen; Betätigung in den staatlichen und

kommunalen Einrichtungen die im Interesse der Jugendlichen geschaffen sind (Jugendämter, Berufsämter, Wohlfahrtspflege, Jugendgerichtshilfe, staatliche Jugendpflegeauschüße, Fach- und Fortbildungsschulwesen) wurden als selbstverständliche Aufgaben gewerkschaftlicher Jugendarbeit gefordert. Aber damit nicht genug. In dem Bewußtsein, daß eine „höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation“ nicht zu erreichen ist, ohne daß das Monopol der Bildung beseitigt wird, faßte die Konferenz, „die Bildungsarbeit für die jugendlichen Gewerkschaft“ als „einen Teil der proletarischen Kulturarbeit“ auf. „Alle Gebiete der Kultur“ sollen in ihren Bereich gezogen und „vom allgemeinen sozialistischen nicht parteipolitischen Standpunkt aus“ betrachtet werden. Diese umfassende Zielbestimmung ist bedeutsam und charakteristisch. Die Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung zwingt die Gewerkschaften, nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, sondern auch Träger ihrer politischen und kulturellen Mission zu sein. — wenigstens so lange der unnatürliche Bruderkampf fort dauert. Außerdem sind die Gewerkschaften in erster Linie berufen, von den Arbeitnehmern ausgehende Versuche zur Sozialisierung der Produktionsmittel (Wahrenten, Gilden usw.) durchzuführen, — selbst die Initiative zur Sozialisierung zu ergreifen. Es versteht sich von selbst, daß für diese Ziele produktiver, selbständiger Gewerkschaftspolitik sorgfältige, berufliche, technische und allgemein wirtschaftliche Schulung die wertvollste Vorbedingung ist. Eine Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen wurde nur insoweit empfohlen, als sich ihre Tätigkeit „bei der Wahrnehmung der geistigen Interessen der Jugendlichen berührt“. Soweit die Erziehungsaufgaben nicht innerhalb der einzelnen Gewerkschaften durchzuführen sind, sollen sie Jugendparteiellen anvertraut werden, die von den Ortsauschüßen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gebildet werden. Die einzelnen Gewerkschaften sollen Jugendzentralen, der allgemeine Gewerkschaftsbund ein besonderes Jugendsekretariat einrichten. Die von der Konferenz gefassten Entschlüsse sollen durch eine besondere Kommission in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund zu einem einheitlichen Programm der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zusammengefaßt werden.

**Malerstreik in Prag.** Die Maler von Prag und Umgebung, etwa 300 an der Zahl, stehen seit gestern früh im Streik. Ein Einigungsausschuss verhandelte noch gestern mit den Arbeitnehmern und wird seine Vorschläge heute den Arbeitern vorlegen, welche dann über die Wiederaufnahme der Arbeit oder über die Fortsetzung des Streikes entscheiden werden.

**Streik der Berliner Gas- und Elektrizitätsarbeiter.** Berlin, 12. September. Infolge des Streikes in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken ist der Straßenbahnverkehr, namentlich im Zentrum der Stadt, nahezu lahmgelegt. Nur verschiedene nicht von den städtischen Elektrizitätswerken abhängige Linien konnten den Betrieb aufrecht erhalten. Die Gasversorgung kann noch aufrechterhalten werden, dagegen machen sich bereits Schwierigkeiten auf den Fernsprechämtern bemerkbar. Die Untergrundbahn, die eine eigene Stromzentrale hat, ist von dem Streik nicht berührt.

**Herabsetzung der amerikanischen Gütertarife.** Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, hat die Eisenbahnverwaltung eine beträchtliche Herabsetzung der Gütertarife auf den großen amerikanischen Linien bekanntgegeben.

**Der Wert der Krone.** Es kosten: 100 holländische Gulden 2633.50, 100 deutsche Mark 78.25, 100 Schweizer Franken 1418.50, 100 italienische Lire 355.50, 100 französische Franken 614.50, 1 englischer Pfund 309.—, 1 Dollar 82.25, 100 serbische Dinars 156.25, 100 rumänische Lei 76.50, 100 bulgarische Lev 57.50, 100 Wiener Kronen 5.87.50, 100 polnische Mark 1.95, 100 südslawische Kronen 38.60, 100 ungarische Kronen 17.85 tsch. Kronen.

**Wiener Messe.** Wien, 11. September. Heute vormittags ist die Wiener internationale Messe vom Bundespräsidenten Dr. Dainisch feierlich eröffnet worden. Schon der erste Messetag war ein voller Erfolg. Gleich in den ersten Vormittagsstunden begann der Zustrom der Menge zu den Messegebäuden, daß in einzelnen Messenhäusern zeitweise sogar eine polizeiliche Sperre eintreten mußte. Man schätzt die Zahl der Besucher am ersten Tage auf 100.000. Es wurden auch bereits große Käufe abgeschlossen.

### Aus der Partei.

**Ein stolzer Parteibericht.** Die Wiener Parteiorganisation veröffentlicht soeben den Bericht über die Mitgliederbewegung, der von dem machtvollen Aufschwung der Wiener sozialdemokratischen Parteiorganisation ein prächtiges Bild gibt. Am 30. Juni 1921 waren in der Wiener Parteiorganisation 188.379 Mitglieder eingeschrieben. Diese gewaltige Ziffer weckt umso mehr Bewunderung, als im Jahre 1914 erst 49.600 Mitglieder gezählt wurden. Beachtenswert ist, was über die Wirkung der Loslösung der Kommunisten von der Partei im Jahre 1920 berichtet wird. Die kommunistische Presse hatte frohlockend einen bedeutenden Mitgliederabfall von der sozialdemokratischen Partei vorausgesagt, doch die „Spaltung“ vermochte nicht im geringsten das weitere rasche Wachstum der Partei aufzuhalten, denn die Mitgliederzahl stieg um 61.765, das ist um 32.3 Prozent, was bedeutet, daß zu je 1000 alten Parteimitgliedern 523 neue Mitglieder gewonnen wurden. Die Freude der Kommunisten war also sehr verfrüht. Der stolze Bericht unserer Wiener Genossen sollte auch bei uns als Lehre wirken, was opferfreudige Verdienste zu bewirken vermag.

### Turnen und Sport.

**Sport vom Sonntag.** D. F. C. Lomb. Prag gegen S. R. P.ubence 2:3. — D. F. R. Teplic gegen S. R. Pardubice 10:0. Ueberwiegend hoher Sieg der Teplicer gegen die in guter Form sich befindlichen Pradubitzer. — S. R. Slavia gegen Viktoria Zizkow (Meisterschaftsspiel) 2:1 (1:1). Beide Mannschaften wiesen große Mängel auf; bei der Slavia war ihr Forward gut, ihre Hintermannschaft dagegen schwach, bei Viktoria umgekehrt. So ergab sich, daß Viktoria fast die ganze Spielzeit im Angriff war, vor dem Tore jedoch verfaßte; die Angriffe der Slavia wurden bereits von den Halbes zurückgewiesen, so daß der Goalmann der Viktoria nicht viel in Tätigkeit treten mußte. Beide Goals der Slavia resultieren aus bereinigsten Durchbrüchen, die stets einen Erfolg aufzuweisen hatten. Bei Ausnützung einiger Chancen hätte Viktoria mit 3 Toren Unterschied siegen müssen.

**A. C. Sparta Prag** schlägt A. R. Basel in Chaux de Fonds (Schweiz) 6:2, F. R. Chaux de Fonds 11:0.

Diesen Sonntag spielt A. C. Sparta Prag gegen Rapid Wien, den Meister von Oesterreich.

Herausgeber: Dr. Ludw. Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Gastwirtschaft**  
**„Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Prag II., Hybernská 7.  
Genossen unterstützen das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

**Spezialhaus für**  
**Spitzen, Stickerei, Tülle**  
**Vorhänge**  
**H. R. Rinschelberg**  
Prag, ulice 28. řyna 1.

**Konsumvereine** führt nur  
**Libaner Presshete**  
Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.  
25 Fabrik: Liban.

**CAFÉ ELEKTRA**  
WEINBERGE,  
vis-a-vis dem Museum, neben dem Deutschen Theater.  
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.  
Telephon 4854. 9

Bei der Egerländer Bruderlade in Falkenau a. E. wird infolge Einrückens eines Beamten eine  
**Aushilfskraft**  
aufgenommen. Bewerber um diese Stelle müssen buchhalterische Kenntnisse besitzen, flotte Stenographen sowie der deutschen und tschechischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein. Gesuche sind a. d. Verw. d. Egerländer Bruderlade in Falkenau a. E. zu richten.

**Kautschuk-Stampiglen**  
erzeugt schnell, gut und billig  
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.  
**Ing. Franz Lang,**  
beh. aut. Zivlgeometer und Kulturtechniker  
Budweis, Schillergasse 5  
übernimmt alle in sein Fach einschlägigen Arbeiten, insbesondere die Vermessungen für Kleinpächter. Vermittlung grösserer Arbeiten honoriert. 66

**Teplitzer Plachen- u. Zeltfabrik**  
Teplitz-Turn 2. Telef. 245.  
erzeugt  
**PLACHEN jeder Art**  
Wasserdichte. Pferddecken, Regenmäntel  
Reparaturen u. Nachimpregnierung alter Plachen. 28

**Was für ein Wetter kommt?**  
Sagt Ihnen am besten mein Hydrometer! Zeigt verlässl. 24 Stund. voraus, was für ein Wetter kommt. Send 1 St. franko überall, bei Voraussend. K 3.- od. in Briefmarken. Nachn. kostet K 5.-. Herren Geschäftsleuten b. Abnahme von 24 Stück 33 Prozent ab. 57  
**Ferd. Woll, Prachalitz**  
Böhmerwald.

**Speziallacke, Farben**  
sowie Stauferfett, Hantefett, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem. techn. Produkte liefert zu äussersten Preisen in Ia. Qualität  
**Hiersche & Co.,**  
Fabrik chemisch-technischer Produkte  
**NESTOMITZA, E.**  
Tel. 727 (49) Tel. 727

**Teplitzer Arbeiter-Bäckerei**  
Der klassenbewusste Arbeiter bezieht sein Brot ausschliesslich aus der Teplitzer Arbeiter-Bäckerei  
**Freibrot** vorzügl. Qualität, der Laib 7 Kronen  
1.40 Kilogr. schwer, kostet  
und ist das beste und billigste Brot.  
Erdhlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereines Teplitz-Schöbau. Vereine erhalten Spezialofferte. 27

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ in Prag werden für die deutschen Provinzstädte in der tschechoslowakischen Republik  
**tüchtige Inseratenvertreter**  
gegen Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern unter Chiffre „Tagblatt“ an die Verwaltung erbeten.

# Der erste ordentliche Verbandstag unserer Jugendlichen.

Teplitz, 11. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Wir haben in unserer Sonntagsnummer kurz über die Eröffnung des ersten ordentlichen Verbandstages des Sozialistischen Jugendverbandes berichtet. Der Kongreß erledigte noch Samstag abends den ersten Punkt seiner Tagesordnung, die **Verichte**. Sie bewiesen, welche große, erfolgreiche Arbeit der junge Verband — der Tag der Spaltung der sozialdemokratischen Jugendorganisation liegt kaum ein Jahr zurück — geleistet hat. Genosse Paul, der den Bericht des Verbandsvorstandes und des Verbandssekretärs erstattete, stellte fest, daß der Verband am 1. Jänner 1921, 133 Gruppen mit etwa 6000 Mitgliedern der Verichtsperiode (— Ende Juni 1921) 18 aufgelöst; dafür erfolgten nicht weniger als 73 Neugründungen und der Mitgliederstand wuchs in derselben Zeit bis über 9000. Heute gehören dem Verbands 198 Ortsgruppen mit weit über 10.000 Mitglieder an. Aber nicht nur in die Breite, auch in die Tiefe ist die Bewegung in der kurzen Zeit außerordentlich gewachsen. Reiche Bildungsarbeit wurde geleistet, mehr als 900 Versammlungen, 89 Vorträge und 186 Diskussionsabende wurden in der Verichtsperiode abgehalten. Die Aufgabe der „Sozialistischen Jugend“, die seit Jänner dieses Jahres erscheint und für deren Redaktion Genosse Hofbauer verantwortlich ist, wächst in demselben Maße wie die Bewegung selbst, ebenso der Vertrieb von Büchern und Schriften durch den Verband, der außerdem die Ausgabe von Flugchriften und des zeitweilig erscheinenden „Wegweiser“ für die Funktionäre der Organisation eifrig betrieb. Genosse Paul berichtete ferner über den leider geringen Erfolg der Werbeaktion anlässlich des heurigen Schuljahres, über die Aktionen des Verbandes im Kampfe gegen den Militarismus und die bürgerlichen Gegner und über den zunehmenden Verfall der kommunistischen Jugendbewegung, deren internationaler Verband in der Republik kaum soviel Mitglieder zählt als der deutsche sozialdemokratische Jugendverband allein. Dieser Zusammenbruch ist bedauerlich, da durch ihn, wie überhaupt durch die Spaltung der proletarischen Jugendbewegung, Tausende junge Arbeiter und Arbeiterinnen in das Lager des Individualismus zurückgestoßen wurden und werden. Genosse Paul begründete dann bei der Erstattung des Kassaberichtes den Antrag des Verbandsvorstandes auf Erhöhung des Beitrages von 1 K 60h auf 2 Kronen monatlich und die Notwendigkeit des erfolgten Zusammenschlusses der Sozialistischen Jugendorganisationen zur **Arbeitsgemeinschaft**, die sich die Schaffung einer großen, allumfassenden Jugendinternationalen zum Ziel gesetzt hat. Das Verhältnis des Verbandes zur sozialdemokratischen Partei und zu den Gewerkschaften ist vorzüglich, sein Bestreben geht dahin, auch zu dem Arbeiter-Turn- und Sportverbände in ein innigeres Verhältnis zu gelangen. Am Schlusse seiner Ausführungen, die der Verbandstag

mit lebhaftem Beifall aufnahm, legte Genosse Paul sein Mandat und die der übrigen Vorstandsmitglieder dankend in die Hände der Delegierten zurück.

Nach dem Berichte der Kontrolle (Goldbach), die alles in bester Ordnung vorgefunden hatte, entspann sich eine kurze Debatte, an der sich die Jugendgenossen Fellinghauer-Weipert, Marzin-Wittrich, Müller-Teplitz, Laube-Karlsbad und Bilst-Karlsbad beteiligten. Nach dem Schlusssprache des Genossen Paul und nachdem dem Parteivorstande die Entlastung erteilt worden war, wurde die samstägige Sitzung geschlossen. Sodann (um 10 Uhr abends) marschierten Delegierte und Gäste in geschlossenem Zuge durch die Straßengasse von Teplitz und mit jugendlicher Begeisterung, mächtig für die schlafenden Bürger ein wenig überforschend, die Internationalen, das „Lied der Arbeit“ und der „Sozialistenmarsch“ durch die nächtliche Stadt.

Die Verhandlungen am Sonntag begannen mit dem Referat des Genossen Hofbauer über den Entwurf einer eigens hierzu früher eingesetzten Kommission für das Programm des Verbandes. Der Entwurf, der dem Verbandstag gedruckt vorliegt, kann als musterhaft bezeichnet werden. Klar und übersichtlich aufgebaut, beginnt er mit einer kurzen, treffenden Definition des Verbandes, aus der sich dessen Endziel, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung von selbst ergibt. Da er das Programm der jugendlichen Arbeiter sein soll, ist der Entwurf nicht in knappen, streng wissenschaftlichen Lehrensätzen abgefaßt, sondern er ist lehrreich und fesselnd zugleich wie eine Broschüre geschrieben. In seinem zweiten Abschnitt behandelt das Programm die Aufgaben, die der proletarischen Jugend noch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erwachsen: den Kampf um Jugendhilfe, um Umgestaltung des Schulwesens, die Selbststerziehung, den Kampf gegen den Militarismus und das Verhältnis der Arbeiterjugend zu den sozialistischen Parteien und zur Internationale. Genosse Hofbauer erläuterte in einer glanzvollen Rede, der die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen mit wahrhafter Ardacht lauschten, Punkt für Punkt des Programmes. Mit voller Berechtigung verweilte er am längsten bei der Selbststerziehung, in der richtigen Erwägung, daß nur sie im Stande ist, in den jungen Arbeitern die geweckten proletarischen Tendenzen zur vollen Blüte zu bringen. So wichtig auch die Begeisterung im Klassenkampfe ist, sie genügt doch nicht, um eine neue Welt aufzubauen. Die jungen Arbeiter müssen durch unermüdete Bildungsarbeit an sich selbst Einsicht gewinnen in die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, ihre **Hirne** müssen es erfassen, was der Sozialismus bedeutet. Die nie endende Aufgabe der Führer ist es, für die Bildung des proletariates zu sorgen. Die Aufgabe jedes einzelnen aber muß es sein, sich selbst zu erziehen, sich zu erziehen vor allem zur wichtigsten proletarischen Tugend, zur **Solidarität**, zum Aufgeben des Einzelnen in der Masse. Nur eine proletarische Jugend, die sich so erziehen hat, wird bereit und fähig sein, für den Sozialismus zu arbeiten, zu kämpfen und zu opfern. Von tiefster Wirkung waren Hofbauers Worte über den Weg, der das Proletariat zur neuen Sitt-

lichkeit führt. Seine packende Schilderung der Wirkungen der bürgerlichen Vergnügungsindustrie auf das junge Proletariat, des Rinos, der Schundliteratur, des Kartenspiels Alkohols, Fußballspiels, der Tanzmanie und nicht zuletzt die Verlogenheit, mit der die bürgerliche Welt das Verhältnis der Geschlechter zu einander umgibt, lösten den stürmischen Beifall aller aus.

Der Vorsitzende begrüßte sodann den Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission, Genossen Schäfer und gab den Inhalt des Begrüßungsschreibens der „Kinderfreunde“ Osterreichters bekannt. Als Gast nahm auch Genosse Viktor Stein vom österreichischen Metallarbeiterverband an den Verhandlungen teil. Nach dem Berichte der Mandatprüfungskommission setzte sich der Verbandstag folgendermaßen zusammen: Verbandsrat 11, Kontrolle 2, Kreis Ratibitz 3, Kreis Bodenbach 10, Kreis Karlsbad 23, Kreis Teplitz 16, Kreis Trautmannau 2, Kreis Brünn 1 Vertreter und je ein Vertreter des Parteivorstandes, der Frauenratskomitees und der Zentralgewerkschaftskommission. Zahlreiche Gäste erhöht die Zahl der Kongreßteilnehmer mehr als Hundert.

In der Debatte zum Punkte „Unser Programm“ beschäftigten sich fast alle Redner — wir stellen das mit großer Freude fest — mit dem wichtigsten Kapitel, der Selbststerziehung. Es sprachen zunächst die Jugendgenossen Schneider-Graupen, Schwarz-Bodenbach und die Jugendgenossin Toni Müller-Karlsbad. Genosse Langner-Troppan beantragte mit vollem Recht, in das Programm auch einen Passus über die Stellung der Arbeiterjugend zu den Genossenschaften aufzunehmen, Jugendgenosse Pantra-Teplitz, der als Gast sprach, vernicht in dem Entwurfe die Stellungnahme der Organisation zu den bürgerlichen Jugendorganisationen. Schließlich sprachen noch Müller-Teplitz, Fellinghauer-Weipert, Reichert-Bodenbach und Gold-Bodenbach. Der Verbandstag billigte sodann die Haltung des Vorstandes in der Frage der Jugendinternationalen und beschloß in aller Form den **Anschluß an die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendverbände**. Da zum Programm und Ergänzungsvorschlägen vorlagen, wurde eine nochmalige Ueberprüfungskommission eingesetzt. Es ist zu erwarten, daß durch ihre Arbeit auch die letzten geringen Mängel des Entwurfes werden beseitigt werden, an dem uns das Fehlen eines entsprechenden Hinweises auf das Problem der geistigen und der manuellen Arbeit aufgefallen ist.

Ueber die „Jugendinternationalen“ berichtete Genosse Heinz-Wien. Er gab einen Ueberblick über die internationalen Bestrebungen und Verbindungen der sozialistischen Jugendverbände vor und nach Kriegsbeginn und über die Entwicklung des internationalen Jugendsekretariates, das sich seit Kriegsausbruch unter der Leitung Münznerberg immer mehr in den Dienst der Moskauer Kommunisten gestellt habe. Trotz der weitgehenden Nachgiebigkeit der Jugendgenossen, die sich nicht auf die bolschewistischen Methoden festlegen wollten, kam es zur Spaltung der Jugendinternationalen, wozu auch die reformistische „Arbeiterjugendinternationalen“ ihr redlich Teil beitrug. Die „Internatio-

nale Arbeitsgemeinschaft“ steht im Wesentlichen auf dem Boden der alten Jugendinternationalen. Heute ist bereits zu bemerken, daß die irrenden Brüder von rechts und von links wieder allmählich zu den alten Grundfragen zurückfinden und es gibt dies die Hoffnung, daß doch wieder, wenn auch kaum in absehbarer Zeit, eine Internationale die revolutionäre Proletariatsjugend aller Länder vereinigen wird. Im Augenblicke ist dies aber unmöglich, denn die kommunistische Jugendinternationalen befindet sich, ihre ganze Selbstständigkeit aufgebend, vollständig am Gängelbände der kommunistischen Internationalen und hat auf deren Gebot ja auch ihren Sitz nach Moskau verlegt. In der rechtssozialistischen „Arbeiterjugendinternationalen“ wird bereits immer größer der Kreis jener, die erkennen, daß es nicht genügt, die Jugendlichen zu Kulturmenschen höchsten sittlichen Wertes zu erziehen, sondern daß es auch notwendig ist, sie für den politischen Tagekampf und zu bewußten Massenkämpfen zu erziehen. Die „Arbeiterjugend-Internationalen“ hat erfreulicher Weise bereits Fühlung mit der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft“ gesucht und es ist zu hoffen, daß die beiden Organisationen sich wenigstens in gewissen Fragen auf einer Linie zu gemeinsamen Vorgehen treffen werden. Die Wirklichkeitsmöglichkeiten einer Internationalen der Arbeiterjugend — so ungefähr schloß Heinz — sind beschränkt. Aber die international organisierte proletarische Jugend ist ein bedeutendes Glied in der großen Kette der proletarischen Organisationen, ein unentbehrliches Kampfmittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Wiener Genossen, der über eine Stunde gesprochen hatte. Der Vorsitzende schloß sodann — gegen 12 Uhr mittags — die sonntägige Sitzung und vertagte die Verhandlungen auf Montag früh.

Teplitz, 12. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Verbandstag beschloß in seiner heutigen Schlusssitzung, über die wir morgen ausführlich berichten werden, den **Anschluß an die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendverbände** und die Annahme des nur wenig geänderten Programms. Nach dem Referat über die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend (Hode) und über „Unsere künftigen Aufgaben“ (Paul) und den Beschlüssen des Kongreß beschloß der Kongreß die Erhöhung des Monatsbeitrages von 1 K 60 auf 2 K, folgte eine Entschließung gegen den Nationalismus und wählte einstimmig seinen neuen Verbandsvorstand, dessen **Dominant** Genosse Paul bleibt. Um halb 4 Uhr nachmittags schloß der Vorsitzende Genosse Mall die Tagung.

## Ein halbes Jahr Aussperrung.

Es dürfte in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt sein, daß sich im Erzgebirge, in dem arbeitsamen kleinen Reudel seit einem halben Jahre ein Kampf von seltener heroischer Größe abspielt. Die Arbeiterschaft der Papierfabrik in Reudel, welche sich im Besitze der Wiener Hanf-, Zute- und Holzindustrie A.G. befindet, ist seit einem halben Jahre ausgesperrt. Aussperrt deswegen, weil sie sich gegen eine plötzlich drohende Arbeitslosigkeit zur Wehr setzte, weil sie an ihren vertrag-

## Fenilleton.

### Volkshochschule und Arbeiterchaft.

Von Dr. Hugo Jltis,

Leiter der Volkshochschule Brünn.

Von der heutigen Hochschule hat die Arbeiterschaft wenig Gutes zu erwarten. Wie sieherzeit der Adel mit der Kirche, so hat sich heute das Kapital mit der Wissenschaft verbündet. Die Millionen, die Rockefeller und Carnegie alljährlich an Universitäten und gelehrte Gesellschaften verteilen, sind wahrlich nicht allein aus Menschenliebe und Idealismus, zwei Eigenschaften, für die der Yankee äußerlich Respekt und innerlich ein höhnisches Lächeln hat, gespendet worden, sondern aus der praktischen Ueberzeugung heraus, daß die Wissenschaft und ihre Vertreter zu Bundesgenossen der kapitalistischen Lebensauffassung gemacht werden müßten. Wie Maube und Aberglaube im Mittelalter, so beeinflusst Wissenschaft und Pseudowissenschaft heutzutage durch Bücher, Zeitungen und Vorträge Geist und Willen auch die breiten Massen. Und nach welcher Richtung dieser Einfluß, soweit er wenigstens von den Hochschulen ausgeht, wirksam ist, das erfahren wir leider Tag für Tag. Die Hochschulen, früher, im Feudalstaat, freie Republiken, sind heute feste Hochburgen der Reaktion geworden. Der wildeste Chauvinismus und Imperialismus war vor und im Krieg auf den Hochschulen zuhause und selbst das schreckliche Elend, das sie mitverschuldet haben, hat Professoren und Studenten nicht zur Umkehr

gebracht. Auch der Kampf gegen das Proletariat hat hier seine Adressen: Zeitfreiwillige und Orgeß, Faschisten usw. rekrutieren sich zum großen Teil aus Akademikerkreisen. Wenn auch die Einzelnen dabei von ihrer Ueberzeugung, vielfach sogar von Idealismus geleitet werden, die Handlungsweise des ganzen Standes ist auf — allerdings kurzfristig — äußerliche und materielle Interessen zurückzuführen. Die Arbeiterschaft hat heute keine Ehren und Privilegien zu vergeben, durch die die bürgerliche Gesellschaft so geschickt — und billig die Akademiker zu gewinnen wußte. Und daß in der sozialistischen Gesellschaft, die wir erstreben, die Wertung der geistigen Arbeit höher sein wird als je zuvor, das scheint den Akademikern zu ungewiß und ist vielleicht noch nicht oft und eindringlich genug betont worden.

Bei dieser Erinnerung ist es begreiflich, daß die Hochschule ihre hohe Aufgabe, dem ganzen Volke Anteil an der erlangenen Erkenntnis zu geben, nicht erfüllt hat. In vornehmer Abschließung betrachtet auch heute noch ein Teil des Professorenstandes den akademischen Boden als eine heilige Insel und die Wissenschaft als einen Tempel, in dem das gemeine Volk nichts zu suchen hat. Diese instinktive Abneigung gegen die Dessenlichkeit, die an die Geheimnistuerei der ausgestorbenen Priesterkaste erinnert, hat ihre Wurzel in dem Bestreben, das Machtmittel der Bildung ausschließlich der herrschenden Klasse zu erhalten.

Aber die Privilegien des geistigen Kapitals werden in unserer Zeit ebenso fallen müssen, wie die Sonderrechte des physischen. Die Wis-

senschaft muß Gemeingut des ganzen Volkes werden auch ohne und, wenn es sein muß, gegen die Hochschulen. Sozialisierung des Geistes, das ist der Sinn der gewaltigen Volkshochschulbewegung, die sich seit dem Umsturz in allen Teilen Deutschlands geltend macht. Ueber tausend Volkshochschulen sind plötzlich emporgewachsen, viele Hunderttausende von Schülern, zum großen Teil Proletarier, sitzen auf ihren Bänken und lernen, lernen die Welt verstehen, in der sie sich nicht mehr als blinder Mann führen lassen wollen. Fast überall sind die sozialistischen Parteien, linke und rechte, oder doch sozialistische Bildungsvereine und Gewerkschaften an der Gründung und Führung der Volkshochschulen mitbeteiligt. Die meisten Volkshochschulen sind unpolitisch, eigene sozialistische Volkshochschulen sind nur in geringer Zahl und meist nur an kleinen Orten entstanden, weil ja selbst in Deutschland die außerhalb der Partei vorhandenen Kräfte nicht ausreichen würden. Selbstverständlich sind heute auch in der Volkshochschulbewegung reaktionäre Kräfte an der Arbeit, um den mächtigen Strom ihren Zwecken dienstbar zu machen. Aber trotzdem und gerade deshalb muß sich die Arbeiterschaft mit doppelter Kraft an der Volkshochschulbewegung beteiligen und darüber nachdenken, daß nicht auch die Volkshochschule zu Arsenalen unserer Gegner werden.

Wie erwähnt, besitzt fast jede größere Stadt Deutschlands eine Volkshochschule. In der Großherliner Volkshochschule zu Arsenalen unserer Gegner werden. Die Volkshochschule Thü-

ringen, die bestorganisierte Deutschlands, hat auf Initiative des Arbeiterführers Dr. Korsch eigene Vortragsreihen für die Arbeiterschaft zusammengestellt, bezw. eine Art von Betriebswürde geschaffen. In Thüringen werden auch der Versuch gemacht, an Arbeitererholungsheimen, wie sie in Mähren z. B. in Goldbrunn oder in Mähr.-Schönberg bestehen, Volkshochschulabteilungen anzugliedern und den geistigen Erholung neben körperlicher auch geistige Erholung zu bieten. Daß im Wiener Volksheim, der ältesten deutschen Volkshochschule, deren Errichtung und Erhaltung in erster Linie das Werk der Genossen Dr. Ludwig Hartmann ist, die Wiener Arbeiter selbst einen großen Teil der Sörer stellt, daß viele der heutigen Wiener Arbeiterführer Schüler des Volksheimes sind, ist bekannt. Aber auch hier haben bürgerliche, bzw. unpolitische Kreise mitgearbeitet, ohne daß dadurch, wie es Uebervorsichtige befürchten, der Wille zum Klassenkampfe gebrochen oder der Klassengegensatz verwischt werden würde. Daß sich ferner hier in Prag unsere tschechischen Genossen in der „Delnicka Akademie“ eine ausgezeichnete und wirkungsvolle Volkshochschulorganisation geschaffen haben, dürfte den meisten Lesern ja bekannt sein.

Im Jänner dieses Jahres wurde in Brünn von der „Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst“ die erste große deutsche Volkshochschule in der Tschechoslowakei gegründet. Die Volkshochschule ist unpolitisch, unter den Vorträgen befinden sich sowohl Sozialisten als auch Bürgerliche aller Parteishattierungen. Von de-

lichen Rechten festhielt und nicht dulden wollte, daß ein Kollektivvertrag vom Unternehmer willkürlich gebrochen wird. Herr Direktor Nid der Papierfabrik verschwand am Abend des 27. Feber mutig von Neudorf und hinterließ den Auftrag, die Arbeiterschaft am folgenden Tag auszusperrern, wenn sie sein Diktat nicht annehmen sollte, das sich gegen den Kollektivvertrag richtete. Er gab den Auftrag zur Ausföhrung ohne die Entscheidung des Einigungsamtes der Papierindustrie abzuwarten, welche von den Vertretern der Arbeiterschaft verlangt wurde und welche in vier Tagen schon hätte erfolgen können. Dazu war die Firma laut Kollektivvertrag verpflichtet, da nach demselben eine Aussperrung oder Arbeitseinstellung nicht früher erfolgen darf, bevor nicht das Einigungsamt darüber entschieden hat.

Die Aussperrung war also ein brutaler Rechtsbruch, wie er seinesgleichen gesucht werden muß. Die Organisation der Arbeiter, der Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie in Aulsig hat alle Anstrengungen unternommen, um den ausgebrochenen Konflikt beizulegen. Aber nicht genug damit, daß die Arbeitgeberorganisation der Papierindustrie, die Prager „Agos“, den Vertragsbruch der Firma deckte, auch das Ministerium für soziale Fürsorge erwies sich in vier Verhandlungen als ein willensloser Zuschauer. Das Ministerium hatte keine „gesetzliche Handhabe“, um gegen die Firma einzuschreiten. So blieben 243 Arbeiter, mit ihren Familienangehörigen 1000 Staatsbürger, ihrem traurigen Schicksal überlassen.

Die ausgesperrten Neudorfer Papierarbeiter sehen auf ein halbes Jahr bitterer Not und Entbehnungen aber auch auf einen mühselig geföhrten Kampf zurück. Obwohl gerade die Neudorfer Arbeiterschaft in dem Nothstandsgebiet des Erzgebirges auf Jahre schwerer Leiden zurückblickt, die die Lebenskraft jedes Einzelnen zermürbten, obwohl keine Regierung, keine einzige gesetzliche Einrichtung dieser sogenannten gottgewollten Gesellschaftsordnung diesem, aller Menschlichkeit hohnsprechenden Beginnen eines Unternehmers Einhalt gebot, hat die Neudorfer Arbeiterschaft ihre Arbeiterehre hochgehalten. Die Firma hatte angegeben, daß sie wegen Auftragsmangel den Betrieb sieben lassen müsse, obwohl zur Zeit der Sperre nur höchstens 3 Waggons Papier auf Lager lagen, das ist die Produktion von höchstens zwei Tagen, dagegen über einen Rohstoffvorrat für mindestens vier Monate verfügte. Daß es sich in diesem Falle um einen prinzipiellen Kampf gegen vertragliche Rechte der Arbeiterschaft handelt, beweist allein der Umstand, daß Herr Nid seit vielen Wochen nicht müde wird, Streikbrecheragenten mit der Anwerbung von Streikbrechern zu beschäftigen. Die Arbeiterschaft hat alle diese Anschläge bis heute abgewiesen und ist nach einem halben Jahr so geschlossen und einig wie am ersten Tage der Aussperrung, obwohl die Aussperrung für sie monatelanges Hungern bedeutete.

Die heutige sogenannte Kulturwelt entrüstet sich darüber, daß im Mittelalter Menschen im hochnotpeinlichen Verfahren gefoltert wurden und preist sich glücklich, daß die „fortgeschrittenen“ Zivilisation der Völler diesen unmenschlichen Zuständen ein Ende bereitet hat. Und dieselben Menschen finden es ganz in der Ordnung, wenn heute hunderte Menschen von einem einzigen fatten „zivilisierten“ Bourgeois einer grausamen Hungerföfcher unterworfen werden, um sie auf die Knie zu zwingen. Jeder, von wahrer Kultur durchdrungener Mensch muß diese Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als eine Kulturschande empfinden.

Gründung an haben die Gewerkschaften, namentlich der Zentralverband der kaufmännischen Angestellten, an dem Aufbau der Volkshochschule teilgenommen und wir können jetzt, nachdem bereits die ersten beiden Semester vorüber sind, mit Stolz darauf hinweisen, daß unsere Volkshochschule im vollen Vertrauen der breiten Massen des arbeitenden Volkes ihre beste Stütze gefunden hat. Mit ihren fast 900 Hörern ist die Brünnner Volkshochschule die größte deutsche Volkshochschule in der Tschechoslowakei und ein gewaltiger Kulturfaktor für die Bevölkerung Brünns geworden. Von den Hörern des ersten Semesters waren ungefähr 150 Handarbeiter und nahezu 400 Privatangehörige der verschiedenen Berufsstände und auch in die Leitung wurden von der Hörerschaft Arbeiter gewählt, damit wiederlegt sich das Geschwäz von dem „geringen Bildungsbedürfnis“ der arbeitenden Schichten, von ihrem „mangelnden Idealismus“ usw. Die fatten Herrschaften, aus deren Mund diese Bortwürfe meist kommen, hergesessen, daß erst auf Grundlage eines gewissen Minimums materiellen Wohlstandes geistige Güter erstrebenswert erscheinen. Und es wäre sogar verfehlt, wenn dieses Minimum bei einem kleinen Teil des arbeitenden Volkes erreicht ist, plötzlich Wissenschaft und Bildungsfanatismus zu erwarten. Wir werden froh sein müssen, durch unsere Volkshochschule immer weitere Kreise jener Volksschichten, denen bisher die Möglichkeit verlag war, Gelegenheit zu gründlichen und systematischen Durchbildung zu geben. Die Volkshochschule kann bei den derartigen Verhältnissen nur unpolitisch sein. Es

Der Kampf der Neudorfer Papierarbeiter ist ein Kampf um ihr gutes Recht. Und gerade der Umstand, daß sie ihr Recht nirgends finden konnten, daß die Unternehmervrutalität noch von der Regierung sanktioniert wurde, hat ihnen die notwendige moralische Kraft gegeben zu jener bewundernswürdigen Ausdauer und Disziplin, ohne welche ein Kampf von solcher Dauer nicht möglich gewesen wäre. Die ausgesperrten Neudorfer Arbeiter sehen auf ein halbes Jahr der Entbehnung und des Hungers zurück und erheben leidenschaftlich die Anklage gegen die Urheber ihres Elends und gegen die Regierung. Und die klare Erkenntnis aus diesem Kampfe, daß dem Arbeiter im kapitalistischen Staat sogar das primitivste aller Rechte, das jedem Tier zugestanden wird, das Recht auf das Leben verweigert wird, daß es öffentlich geduldet wird, daß hunderte Menschen der Hungerföfcher unterworfen werden können, ohne daß sich eine strafende Remeis gegen die Urheber des Elends erhebt, hat in der Masse der Arbeiterschaft den Geist der Solidarität gereist und ihr den sittlichen Wert der proletarischen Organisation vor Augen geföhrt.

Die Aussperrung dauert fort und die Arbeiterschaft ist eingeschlossen, den ihr brutal aufgezwungenen Kampf bis zur Anerkennung ihres Rechtes weiterzuführen. Die Aussperrung der Neudorfer Papierarbeiter ist ein Stück des Leidensweges des Proletariates, ein sichbares Zeichen der Brutalität des reaktionären Unternehmertums. Und für die Arbeiterschaft ist diese Aussperrung ein neuer Beweis dafür, daß sie von der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung nichts zu erwarten hat, sondern daß sie mit Anwendung ihrer ganzen Kraft den Kampf fortföhren muß für wahre menschliche Kultur, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

**Tages-Neuigkeiten.**

Herrmann Wollenbuhr — 70 Jahre alt. Vorgeföhrten vollendete Herrmann Wollenbuhr, einer der Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung, sein siebzigstes Lebensjahr. Auch bei uns ist der ältere Genosse der Name Herrmann Wollenbuhr wohlbekannt als der Name eines der uermühtlichsten Arbeiter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und wenn er auch weniger politisch und in feurig zündenden Reden als in sachlicher und sachlicher Hinsicht auf sozialpolitischem Gebiete wirkt, ist Wollenbuhrs Lebensgeschichte doch untrennbar mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verknüpft, ja ein Stück ihrer selbst. Wollenbuhr wurde am 11. September 1851 in Holstein geboren, wurde Zigarrenmacher und schon als Jüngling in die Bewegung gezogen, die damals langsam aufkeimte. Er war im Jahre 1874 einer der Delegierten am Einigungskongreß in Gotha, der die Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher brachte und dadurch den Zusammenschluß zu einer festgeschlossenen revolutionären Arbeiterpartei brachte. Als später Bismarck mit dem Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung zu erdrosseln suchte, wurde Wollenbuhr ausgewiesen und ging nach Amerika, wo er mehrere Jahre verblieb, bis er im Jahre 1884, da sich die Ketten des Sozialistengesetzes zu lockern begannen, nach Deutschland zurückkehrte, wo er den Kampf gegen das Polizeistatut sofort aufnahm. Er wurde später Redakteur des „Hamburger Echo“ und die Hamburger Arbeiter wählten ihn im Jahre 1890 in den Reichstag, dem er leithr — später als Vertreter anderer Wahlkreise — fast ununterbrochen angehört. In den Parteivorstand gewählt, übersiedelte Wollenbuhr nach

ist daher klar, daß sie nicht berufen ist die parteimäßigen Bildungseinrichtungen zu ersetzen. Arbeiterbildungsvereine, Parteischulen und Betriebsratesschulen müssen auch weiterhin wirksam sein und nach Möglichkeit ausgestaltet werden. Aber in diesen Stätten der politischen Schulung und Willensbildung wird sich mit ehemaligen Volkshochschulen ganz anders arbeiten lassen und so wird durch die Volkshochschularbeit indirekt auch die politische Schlagkraft der Arbeiterschaft erhöht werden.

Nach dem Erfolg der Brünnner Volkshochschule darf die Hoffnung auch ausgesprochen werden, daß in kurzer Zeit auch in anderen größeren Orten der Tschechoslowakei an die Gründung von Volkshochschulen geschritten werden wird. Es wäre ein nicht gut zu machender Fehler, wenn die Arbeiterschaft hierbei ihren Gegnern das Feld überließe. Es ist ja wahr, daß die Partei heute viele wichtige Aufgaben zu erledigen hat. Aber es ist fatal, daß es wichtigere Dinge zu tun gibt, als die geistige Hebung der Arbeiterschaft anzubahnen. Vielleicht könnte die Gründung von Volkshochschulen von den nach dem Gesetze errichteten Berufsbildungsausschüssen ausgehen, in denen ja die Arbeiterschaft ihrer Stärke entsprechend vertreten ist. Auf jeden Fall aber wird zur Volkshochschulfrage bei der nächsten Beratung im aktiver Weise Stellung genommen werden müssen.

Berlin-Schönberg, wo er 1905 auch Stadtverordneter, 1915 Stadtrat wurde. Nach der Spaltung der Partei verblieb Wollenbuhr in der alten sozialdemokratischen Partei. In dem leider nur zu hitigen Parteikampfen trat er niemals hervor, trotz seines Alters mit rastlosem Fleiße sich ausschließlich dem Wirken für die Arbeiterschaft, der er in heißer Liebe anhing, widmend. Dem ersten, tief gereizten und nimmermüden Mitarbeiter für die Befreiung des Proletariats senden auch wir zu seinem siebzigsten Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Die Hungerdemonstration in Weipert. Zu unserer Meldung über die freitägige Hungerdemonstration in Weipert wird uns ergänzend berichtet: Die mehr als 2000 Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen zählende Versammlung sah einhellig eine Entschlieung, die dem Bezirkskommissar Dr. Petermann überreicht wurde. Dr. Petermann sagte zu, daß er sofort telegraphisch und telefonisch nach Prag berichten und bis Samstag nachmittags den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft den Bescheid der Regierung zugehen lassen werde, die Arbeiterschaft gab sich aber damit nicht zufrieden und verlangte, daß sofort das vorhandene Brotmehl verboten und das Brot sowie das vorhandene Mehl Samstag früh auf die alten Preiskarten zum billigen Preis ausgegeben werde. Gleichzeitig wurde auch aus der Mitte der Demonstranten von vielen Seiten spontan die Forderung erhoben, daß die politische Behörde die Industriellen sofort zu Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen einladen solle. Nachdem die Situation immer kritischer wurde und infolge der furchtbaren Erregung der notleidenden Massen mit Ausschreitungen zu rechnen war, wurde schließlich die Ausgabe des Mehles zum Brotbacken bewilligt und auch die Einladung der Industriellen zu Lohnverhandlungen vom Bezirkskommissar Petermann zugesagt. Nach diesen Zusagen erreichte die machtvolle, nahezu drei Stunden dauernde Demonstration ihr Ende. Das Brotmehl wurde abends noch vom Bezirksgerichtsdirektoramt an die Bäcker ausgegeben und über Nacht verboten, so daß Samstag früh die Bevölkerung Brot bekam. — Am Samstag vormittags hat bereits bei der politischen Bezirksverwaltung eine Vorbesprechung der Industriellen und Arbeitervertreter wegen der Lohnfragen stattgefunden. — Wie Samstag nachmittags bekannt wurde, soll die Regierung in Prag die billigen Brot- und Mehlpreise nicht bewilligt haben.

Ein offenes Schreiben eines vernagelten Abgeordneten an Masaryk. Herr Leo Wenzel Abgeordneter, schreibt an den Präsidenten Masaryk im Duxer „Tag“ in einem offenen Briefe: „Als deutscher Abgeordneter der tschechoslowakischen Nationalversammlung habe ich ein persönliches Interesse über die gegenwärtigen Kulturfragen mich zu orientieren.“ Nun wie befriedigt der Herr Wenzel sein persönliches Interesse an den gegenwärtigen Kulturfragen? Er entdeckt, ansöchlich des Karlsbader Zionistenkongresses, daß die Juden zwei Gesetzbücher haben: den Talmud und den Schulchan-Aruch, die ihre Entschlieung etwa jenem Mittelalter verdanken, in dem in ganz Europa die Scheiterhaufen aufloderten. Diese beiden Gesetzbücher der Juden entsprechen nicht ganz den Rechtsbegriffen des Herrn Wenzel, die etwas moderner zu sein scheinen aber immer noch nicht über Rad und Galgen herausgekommen sind. Und da Herr Wenzel von der Annahme ausgeht, daß die europäischen Juden noch immer nach den Vorschriften des Talmud und nach den Schulchan-Aruch leben, so erklärt der Herr Wenzel, um das gegenwärtige Recht besorgt, folgendes: „Es geht aber nicht an, daß in einem Staate zweierlei Gesetze und Rechte nebeneinander bestehen, von denen das eine dem allgemeinen gültigen Staatsgesetze sich geradezu feindlich gegenüberstellt und zudem noch aller Sittlichkeit Hohn spricht.“ Jedenfalls besteht in hohem Maße ein öffentliches Interesse, Geweiheit über die Natur der jüdischen Geheimgesetzgebung zu erlangen. Schon Friedrich I., König von Preußen, veranlaßte, laut Schreiben desselben an Kaiser Leopold I. vom 25. April 1705, eine wissenschaftliche Untersuchung über das große Wert von Eisenmenger. Und was ergibt sich aus alledem? „Herr Präsident! Im Interesse der Deffentlichkeit und im Interesse der Moral dieses Staates ersuche ich Sie um Ihre diesbezügliche persönliche Stellungnahme zum jüdischen Geheimgesetz und zu einer staatlichen Prüfung der jüdischen Geheimgesetze selbst.“ — Der Herr Abgeordneter Wenzel ist bisher noch keiner Heilanstalt überantwortet worden.

Der „Miesbacher“ Held. Da in der deutschen nationalen Provinzpresse, die von der „frischen und originellen Schreibweise“ des Rahrblattes, des „Miesbacher Anzeigers“, ganz begeistert ist, nun öfters mit schmunzelndem Behagen die überbustenden „geistigen“ Ergüsse dieses Stinkbombenblattes abgedruckt werden, kommen einige Enthüllungen, die der Berliner „Vorwärts“ über Herrn Klaus Ed., den Herausgeber dieser Giffspitze macht gerade recht. Danach hatte dieser sich nun so leidenschaftlich gebärdende Monarchist vor dem Kriege keinerlei Reigung, seiner Militärpflicht zu genügen; er verdärfete als Deserteur nach der Schweiz, um erst während der Kriegszeit auf Grund der Amnestie zurückzukommen. Damals wohnte er mit seiner Familie arm wie eine Kirchenmaus in Miesbach. „Heute ist Herr Klaus Ed.“, so fährt der „Vorwärts“ in dieser höchst interessanten Charak-

teristik fort, „Besitzer einer Villa und mehrerer Grundstücke, die er sich alle redlich erschnipft hat. Er hätte auch nach der andern Seite geschimpft, wenn dies das gleiche oder mehr eingebracht hätte. Denn es ist noch nicht so lange her, daß er sozialdemokratischen Vertretern erklärt hat, er würde genau so radikal für die Sozialdemokratie schreiben, wenn diese ihm die gleiche Abonnenzenzahl garantiere.“ So sieht also der „Miesbacher“ Held aus, aus dessen geistigem Born unsere Schriftleiterpresse schöpft!

Die fluchende Gräfin. Der bekannte Pazifist Professor Dr. F. W. Foerster in Zürich, der sich wegen seines Wirkens für den Frieden in besonderem Maße den Haß der reichsdeutschen Reaktionäre zugezogen hat, erhielt dieser Tage aus München folgenden Brief: München, den 26. August 21.

An den sogenannten „deutschen Professor“ Förster. Sollen die deutschen Frauen es Ihnen in die Ohren schreien Tag und Nacht, bis Gott uns von Ihrer Gegenwart auf Erden befreit und die Hölle sich aufrum, um Sie, den verfluchten Vaterlandsverräter, zu verschlingen? Während des Krieges habe ich Ihr Tun und Treiben in der Schweiz gekannt, Ihr Name sei verflucht! Wir werden dafür sorgen, daß unsere Kinder Sie ebenso hassen und verabscheuen und mit Ekel von Ihnen reden werden, wie wir.

Gräfin von Leyden. Daß diese „deutsche Frau“ sich derart in eine fluchende Megäre verwandeln konnte, zeigte, bis zu welchem Grade der Verrohung das Salatenkreuzertum bereits gediehen ist.

Ein Zwischenfall bei der Firma Breitfeld u. Danek in Karolinenthal wegen angefündigter Lohnreduzierungen. Gestern Vormittag wurde in der Fabrik der Firma Breitfeld u. Danek in Karolinenthal über die Reduktion der Arbeitszeit für 260 Arbeiter von 48 Stunden auf 36 Stunden verhandelt. Im ganzen sind in dem Unternehmen 2000 Arbeiter beschäftigt. Diese Reduktion hätte schon am 10. ds. M. beginnen sollen, der Betriebsrat aber hatte sich dagegen mit der Begründung gewendet, daß die Kundmachung darüber, welche nach der Fabrikordnung 24 Stunden vor der Inkraftsetzung der Kundmachung bekanntgegeben werden soll, nicht ausgehängt worden war. Der Verwaltungsrat der Fabrik affidierte die Kundmachung und heute hätte mit der Reduktion der Arbeitszeit begonnen werden sollen. Die Arbeiterschaft der Fabrik lehnte sich aber gegen diese Kundmachung und wollte ununterbrochen weiter arbeiten. Während der Verhandlungen, welche zwischen der Direktion und der Arbeiterschaft stattfanden, drang eine Menge Arbeiter in die Amtsräume der Direktion ein. Der Sekretär des Unternehmerverbandes Ingenieur Hrdlicka verweigerte infolgedessen die weitere Verhandlung mit den Worten: „Mit Euch kann ich doch nicht verhandeln“ und soll dabei eine Handbewegung gemacht haben. Durch diesen Ausdruck fühlte sich die Arbeiterschaft beleidigt und stürzte sich auf den Ingenieur Hrdlicka und mißhandelte ihn. Im kritischen Augenblick eilte der Vorsitzende des Betriebsrates, Franz Hauer herbei, der weitere Unüberleglichkeiten verhinderte. Auch der Ingenieur Frankenberg und die Fabrikmeister Kuba, Sal und Dedina mußten die Fabrik verlassen. Der Leiter des Bezirkspolizeikommissariats in Karolinenthal kam in die Fabrik, wo er mit der Direktion und dem Betriebsrat wegen Beilegung des Streikes verhandelte. Der Vorsitzende des Betriebsrates erklärte, daß er die Angelegenheit betreffend die erwähnten Ingenieure und Meister der Organisation zur Entscheidung vorlegen werde. Der Betriebsrat erklärte dem Leiter des Polizeikommissariats, daß er das Vorgehen der Arbeiterschaft hinsichtlich der Mißhandlung der Ingenieure und der Vertreibung der Werkführer von der Arbeit nicht billige. Die Untersuchung gegen diejenigen, welche die Verletzung der Ingenieure Hrdlicka und Frankenberg verursachen, ist im Gange.

Versammlungen der kommunistischen Landarbeiter und der Staatsangestellten. Sonntag um dreiviertel 11 Uhr vormittag wurde auf dem Wenzelsplatz eine große Versammlung der kommunistischen Landarbeiterschaft abgehalten. Es wurde von drei Tribünen aus gesprochen. Die Redner forderten eine entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes. Am dreiviertel 1 war die Versammlung zu Ende, worauf die Teilnehmer im Zuge durch die Stadt nach dem Spielplatz „Na Maninach“ zogen, wo neuerdings eine Versammlung abgehalten wurde. — Gestern um 5 Uhr nachmittags fand auf der Sophieninsel eine Protestversammlung der Staatsangestellten aller Kategorien gegen den Beschluß des Finanzministeriums statt, vom 1. Oktober angefangen monatliche Abzüge für die Bekleidungsaktion zu machen und gegen Aufschub der Regelung der Gehaltsstabilisierung der Staatsangestellten. Es nahmen etwa 5000 Personen an der Versammlung teil. Die Redner verlangten einen Aufschub der Abzüge und eine